

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis: Monatlich 1 Mark, Einzelnummer 25 Pfennig
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G.,
Berlin S. 14 — Postfachkonto Stuttgart Nr. 6804

Verantwortlicher Schriftleiter: Fritz Kummer
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Adlestraße 16
Fernsprecher S.-21. 628 41

Erscheint wöchentlich am Samstag
Eingetragen in die Reichspostzeitungsliste

Die Seeschiffswerften stehen still

Ein halbes hunderttausend Arbeiter im Kampf für mehr Lohn und kürzere Arbeitszeit

Die Ursachen des Ausstandes

Seit dem 1. Oktober liegen sämtliche Seeschiffswerften in Deutschland still, soweit sie der Norddeutschen Gruppe des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller angehören. Ein Kienkampf ist ausgebrochen, an dem 50- bis 60 000 Menschen beteiligt sind. Zur Stunde läßt sich der Umfang dieses Kampfes noch nicht genau übersehen. Nur soviel ist sicher, daß er zu den schwersten Kämpfen gehört, die in den letzten Jahren ausgefochten wurden. Das ist bei einem Kampf mit den Werften etwas Selbstverständliches, denn von jeher gehörten die Werftbestitzer zu den rücksichtslosesten Verfechtern des „Herrn-im-Haus-Standpunktes“. Das Recht der Arbeiter, die Arbeitsbedingungen mit zu bestimmen, wird auch heute noch nur der Not gehorchend anerkannt. Hieraus ergaben sich bei allen Lohnbewegungen die größten Schwierigkeiten. Nur äußerst selten war eine Verständigung mit den Unternehmern möglich. In der Regel mußte vom Reichsarbeitsministerium ein Schlichter bestellt werden oder es war eine ganze Schlichtergruppe bemüht, einen Ausgleich zu finden. Es war uns also bekannt, daß auch die gegenwärtige Lohnbewegung mit solchen Schwierigkeiten zu rechnen haben würde. Und wenn die Gewerkschaften den Kampf trotzdem aufgenommen haben, so liegen ganz außerordentlich zwingende Gründe dafür vor.

Die Unternehmer betonen bekanntlich immer, daß sie mit ihren Betrieben am Rande des Bankrotts stehen. Wir sind gewohnt, dies auch in Zeiten bester Lage zu hören. Wenn deshalb die Gewerkschaften solchen Reden nicht allzuviel Bedeutung beilegen, so haben es sich die Unternehmer selbst zuzuschreiben. Die Gewerkschaften müssen sich deshalb über die wirtschaftlichen Verhältnisse bei den Unternehmungen schon selbst unterrichten, um den wenig beweiskräftigen Behauptungen der Unternehmer das Ergebnis ihrer eigenen Untersuchungen entgegenstellen zu können.

Die Behauptung, daß die wirtschaftliche Lage der Seeschiffswerften äußerst ungünstig ist, wird im besonderen gestützt durch die Stilllegung des „Vulkan“ in Stettin, eine der ältesten und größten Werften. Auch die Stilllegung der Werft von Tecklenburg in Bremerhaven ist ein nicht abzulehnender Beweis. Wir sind auch der Überzeugung, daß noch weitere Stilllegungen folgen. Und so könnte die Meinung aufkommen, daß der Streit der Werftarbeiter unzeitgemäß sei.

Die deutsche Schiffbauindustrie hat durch den Krieg und seinen Ausgang eine vollkommen veränderte Grundlage erhalten. Die Einschränkung der Marinebauten auf einen geringen Bruchteil der Vorkriegszeit bedeutet eine entsprechende Steigerung der Bauvorbereitung aller Werften für Handelschiffe. Solange die Werften Schiffe und Schiffbaueinrichtungen als Reparationsleistungen auf Kosten des Reiches in Auftrag hatten, waren sie einigermaßen beschäftigt, wenn auch die während des Krieges aufs höchste gesteigerte Leistungsfähigkeit der Werften nicht voll ausgenutzt werden konnte. Mit dem Aufhören dieser Aufträge und in dem Maße, wie die deutsche Handelsflotte mehr und mehr an den Vorkriegsstand herangebracht wurde, mußte die Leistungsfähigkeit der deutschen Schiffbauindustrie das volkswirtschaftliche Maß übersteigen. Die Ausnutzung der Produktionsmittel mußte immer geringer werden, solange die Produktionsmöglichkeiten der Werften den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen nicht angepaßt wurde. Nur in diesem Zusammenhang sind auch die Stilllegungen des „Vulkan“ und der Werft Tecklenburg zu verstehen. Die sogenannte schwierige Lage der deutschen Seeschiffswerften ist den Gewerkschaften also durchaus nicht unbekannt; aber die Gewerkschaften können auch nicht an den Gründen dieser Schwierigkeiten vorbeigehen.

Die Werften versuchen seit längerer Zeit eine Zusammenlegung. Diese Versuche können aneinander nicht zu dem erwartlichen Ergebnis führen. Jede Werft sucht ihr Dasein zu retten und muß deshalb versuchen, auf Kosten niedriger Löhne die Rentabilität des Unternehmens zu sichern. Vom volkswirtschaftlichen Gesichtspunkt aus betrachtet ist das Verfahren falsch, andererseits kann man den Arbeitern nicht zumuten, daß auf ihre Kosten ein Umfang der deutschen Werften aufrechterhalten wird, der weit über das erforderliche Maß hinausgeht. Durch die außerordentlich niedrigen Löhne der Werftarbeiter ist die Anpassung der Werften an die wirtschaftlichen Möglichkeiten verzögert worden. Wie darunter gerade die Werftarbeiter gelitten haben, das sei durch einige Zahlen bewiesen.

Seit dem 1. April 1928 beträgt der Tariflohn die Stunde:

	in Hamburg	in Norddeutschen	in Ostpreußen
für den Facharbeiter	83-87	76-80	75-79
für Angelernte	76-80	69-73	68-72
für Ungerlernte	67-71	61-64	61-64

Die Arbeiter verdienen selbstverständlich mehr, als die Tariflöhne vorsehen; aber auch deren Verdienste mit 103 bis 110 % in Hamburg einschließlich aller Zulagen bleiben weit hinter dem Tariflohn und den Verdiensten, die in gleichartigen Betrieben der Vorkriegszeit bestanden. Das ist eben die Folge der wiederholten falschen Rücksichtnahme auf die Lage der Werftindustrie, die von andern Gesichtspunkten aus beurteilt werden muß, als das durch die Schlichtungsorgane bisher geschehen ist. Und je länger diese Methode angewendet wird, um so größer wird die Kluft zwischen den Verdiensten auf der Werft und den Verdiensten in den andern Industrien, die ebenfalls eineswegs den Notwendigkeiten des Lebens gerecht werden. Dabei darf nicht unberücksichtigt bleiben, unter welchen be-

sonderen Bedingungen die Arbeit auf den Werften zu leisten ist. Gesteigerte Unfallgefahren, arbeiten bei allen Unbilden des Wetters zu jeder Jahreszeit und die außerordentliche Schwere der Arbeitsleistung sollten die Voraussetzungen für eine höhere Entlohnung der Werftarbeiter sein, als sie in andern Industrien erzielt wird.

Bereits im Frühjahr waren die Gewerkschaften fest entschlossen, diesen Unterschied durch Kampf auszugleichen, weil die Unternehmer durch Verhandlungen nicht zur Einsicht gebracht werden konnten. Die gegen den heftigsten Einspruch der Gewerkschaften erfolgte Verbindlichkeitsklärung des Schiedsspruches durch den Reichsarbeitsminister Brauns verhinderte den Kampf mit dem Hinweis, daß nur eine halbjährige Bindung erfolgt sei. Inzwischen wurden die Verhältnisse für die Werftarbeiter keineswegs günstiger. Die Unzufriedenheit mit den vorausgegangenen Lohnregelungen wurde nicht nur innerhalb der Belegschaft andauernd größer, sondern auch die Gewerkschaften waren einfach nicht mehr in der Lage, die Verantwortung übernehmen zu können. So mußten Forderungen gestellt werden, die wenigstens den Versuch eines Ausgleichs bisheriger Fehlentscheidungen der Schlichtungsstellen machen. Als Lohn wurde gefordert:

	in Hamburg	übrige Werftorte
für Facharbeiter	100	94
für Angelernte	94	88
für Ungerlernte	88	82

Für die ersten beiden Überstunden ein Zuschlag von 25 % und für jede weitere Überstunde 50 % gegen bisher 20 und 40 %. Dazu die achtstündige tägliche oder 48stündige wöchentliche Arbeitszeit. Bisher konnten die Unternehmer 4 Stunden Mehrarbeit, insgesamt also eine 52stündige Wochenarbeitszeit anordnen.

Daß für die Beurlinge ein höherer Urlaub gefordert wird, und zwar von nur 12 Tagen im ersten Jahr und dann fallend bis auf 6 Tage im vierten Jahr, um den Anschlag an die leider nur 6 Tage betragende Urlaubszeit für Erwachsene zu finden, ist eine Forderung, über die eigentlich selbst Unternehmer nicht mehr verhandeln sollten.

Diese Forderungen waren für die Gewerkschaften kein Handelsgegenstand, weil sie immer noch nicht die bestehende Kluft überbrücken. Wenn weitergehende Forderungen von der verantwortlichen Körperschaft nicht aufgestellt wurden, so darf man mit Zug und Recht darauf hinweisen, daß die Gewerkschaften im vollen Bewußtsein ihrer Verantwortlichkeit und auch der Einschätzung der Lage auf den Seeschiffswerften handelten. Daß es auch andere Auffassungen gibt, ist aus dem Vorgehen des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes ersichtlich. Er entzog der Verhandlungskommission das Mandat, stellte für seine Mitglieder besondere Forderungen, die erheblich über die Forderungen der übrigen Gewerkschaften hinausgehen und verlangte darüber Sonderverhandlungen und einen besonderen Tarifabschluß. Das ist kennzeichnend für die ungeheuren Schwierigkeiten, die durch die bisherigen, vollkommen unzureichenden Löhne auf den Werften entstanden sind.

Nachdem es nicht möglich war, mit den Unternehmern über die Forderungen zu verhandeln, wurde vom Reichsarbeitsminister der Schlichter für die Nordmark, Dr. Stenzel, beauftragt, einen Ausgleich herbeizuführen. Der Schlichter fällt einen Spruch, der von beiden Parteien abgelehnt wurde, des Inhalts, daß alle bisherigen Löhne für erwachsene Arbeiter um 4 % erhöht werden. Er kam damit für Hamburg auf 87 bis 91 % und blieb ganz erheblich hinter den so dringenden notwendigen Forderungen der Gewerkschaften zurück. Daß die Unternehmer überhaupt keinen Pfennig bewilligen wollten, ist keine Überraschung. Außerdem wurden die Überstundenzuschläge auf 25 und 40 % festgelegt. Die Arbeitszeit sollte um eine Stunde auf 51 Stunden verkürzt werden, also eine Verneinung des Achtstundentages.

Daß ein solcher Schiedsspruch, der weit hinter den berechtigten Erwartungen der Arbeiterschaft zurückblieb, abgelehnt wurde, darüber konnte auch der Schlichter nicht im Zweifel sein. Er hat aber seinem Schiedsspruch eine Begründung gegeben, die dem Glauben an das Verständnis des Schlichters und an seinen Willen, einen billigen Ausgleich zu suchen, aufs heftigste erschüttern muß, um so mehr, als derselbe Schlichter auch den Frühjahrsschiedsspruch gefällt hat, der diesen Kampf geradezu auslösen mußte, wenn jetzt keine Wiedergutmachung erfolgte.

Auch die Verhandlungen vor dem Reichsarbeitsministerium erzielten nur die Erklärung der Werftgewaltigen, daß nicht die geringste Lohnerhöhung tragbar sei und der Schiedsspruch ihrerseits abgelehnt wird. Daß die Gewerkschaften von ihrem Standpunkt nicht abgingen, war eine Selbstverständlichkeit, zumal der Schiedsspruch mit 24 543 gegen 1254 Stimmen abgelehnt wurde. Das ist wiederum bezeichnend für die berechnete Erbitterung unter den Werftarbeitern über den Ausgang der bisherigen Lohnbewegung. Da beide Seiten den Schiedsspruch ablehnten, ein Antrag auf Verbindlichkeitsklärung mithin nicht vorlag, brauchte der Reichsarbeitsminister eine Entscheidung nicht zu fällen, zumal die Gewerkschaften ganz dringend darum ersucht hatten, ihnen die Freiheit des Handels zu lassen.

Der Kampf war nach alledem einfach unvermeidlich. Die Gewerkschaften haben den Kampf aufgenommen im vollen Bewußtsein der ihnen obliegenden Verantwortung. Es handelt sich dabei um Arbeitergruppen, die unter den schwierigsten Verhältnissen zu arbeiten gezwungen sind, denen man seit Jahr und

Tag die unbedingt notwendigen Löhne vorenthalten hat und die heute noch um die Anerkennung des achtstündigen Arbeitstages kämpfen müssen, der anderswo längst anerkannt ist. Bei der Einstellung der Werftindustriellen ist der Kampf kein leichter. Denn noch nie haben diese Unternehmer versucht, die Lebensnotwendigkeiten des Arbeiters zu verstehen, geschweige denn seine Bestrebungen anzuerkennen. Aber selten wohl war auch ein Kampf so berechtigt wie dieser. Und das ist die Sicherheit, die die Gewerkschaften haben, daß in diesem Kampf jeder einsichtige Mensch auf der Seite der Werftarbeiter stehen wird.

S. Schlieft.

Die Eisenpreiserhöhung

Stimmungsmache gegen die Lohnverhandlungen

Die Eisenindustrie verlangt eine Erhöhung ihrer Preise, weil die — Eisenbahn ihre Frachten heraufgesetzt hat. Die Preiserhöhung bei der Reichseisenbahn soll die Selbstkosten in der Eisenindustrie um 1,50 bis 2 M je Tonne Fertigzeugnis in die Höhe getrieben haben. Schon diese Behauptung kann nicht zutreffen, denn sie berücksichtigt nicht die neue frachtlische Vergünstigung, die die Reichseisenbahngesellschaft der Eisenindustrie eingeräumt hat. Mit der allgemeinen Tarifierhöhung der Reichseisenbahn tritt nämlich für die Eisen- und Eisenwarenindustrie über die sogenannte trockene Grenze ein neuer Ausnahmestarif in Kraft. Dieser muß für die Eisenindustrie eine ganz erhebliche Frachtersparnis bedeuten, da sie gerade gegenwärtig ihre Ausfuhr stark ausdehnen kann. Selbst die bürgerliche Presse gibt angesichts dieser Entwicklung ganz unbescholten zum Ausdruck, daß die Berechnungen der Eisenindustrie über die neue Mehrbelastung und über die notwendige Preiserhöhung auf die „benachteiligten“ Arbeiter zugeknippt sind. Man will die Öffentlichkeit beeinflussen.

Für die Lohnverhandlungen kommt die Nordwestliche Gruppe der Eisenindustrie, also in der Hauptsache das rheinisch-westfälische Industriegebiet in Frage. Das Lohnabkommen ist dort am 1. Oktober zum Monatsende kündbar, dagegen kann der bestehende Arbeitszeitvertrag erst am 1. Dezember zum Ende laufenden Jahres gekündigt werden. Die Gewerkschaften haben von ihrem Recht Gebrauch gemacht; denn der Schiedsspruch vom Dezember 1927 hat zwar die 12-Stundenschicht beseitigt und so der Arbeiterschaft einen Erfolg gebracht. Einseitlich der Lohnerhöhung — die Sätze der Facharbeiter wurden damals von 76 auf 78 % und die der Hilfsarbeiter von 59 auf 60 % erhöht, wobei die Arbeiterschaft den Verdienstausfall infolge der Arbeitszeitverkürzung bis zu 40 % selbst tragen mußte — sind die Arbeiter so gut wie leer ausgegangen. Auch die im Jahre 1928 stark gestiegene Feuerung bedingt eine Erhöhung der Löhne. Diese kann die Eisenindustrie ohne Zweifel tragen.

Dafür spricht in erster Linie die Luftwirtschaft. Die künftigen Hoffnungen der Industrie übertrifft hat. Die Eisenindustriellen konnten, solange die Eisenpreise auf dem Weltmarkt gedrückt lagen, auf die verlustbringende Ausfuhr hinweisen. Mit den steigenden Ausfuhrpreisen hat sich selbstverständlich der Durchschnittserlös der Eisenindustrie ganz bedeutend erhöht; denn der Gesamtabsatz der eisenliefernden Industrie hat sich mengenmäßig auf dem Stand des Vorjahres halten können. Jedenfalls zeigen die Erzeugungszahlen bisher keinen nennenswerten Rückgang. Nachdem die monatliche deutsche Ausfuhrquote von der Rohstahlinternationalen für das dritte Vierteljahr um weitere 25 000 Tonnen erhöht worden ist, kann die deutsche Eisenindustrie ihre Ausfuhr auch weiter steigern, ohne daß sie wegen Ausfuhrüberschreitung Strafe zahlen muß.

Die Erlösssteigerung, die seit Ende vorigen Jahres zu verzeichnen ist, kann für das Hauptausfuhrprodukt, für Stabeisen, auch annähernd zahlenmäßig nachgewiesen werden. Vom deutschen Stabeisenabsatz wurden nach eigenen Angaben der Eisenindustrie Ende des Jahres 1927 etwa zwei Drittel zu Auslandpreisen, der Rest zu Weltmarktpreisen abgesetzt. Unter Berücksichtigung des auch bei Stabeisen erhöhten Ausfuhranteils ergibt sich eine Erlösssteigerung von ungefähr 14 % gegenüber den Erlösen im Dezember 1927. Man kann wohl annehmen, daß die auf Grund der jetzigen Preisbasis erfolgten Verkäufe Durchschnittserlöse von 135 M je Tonne Stabeisen erbringen. Damit liegen die Erlöse bereits ganz erheblich über den von der Industrie genannten Selbstkosten. Das heißt die Steigerung der Selbstkosten durch die Arbeitszeitverlängerung und die Kohlenpreiserhöhung ist allein durch die steigenden Ausfuhrerlöse mehr als voll ausgeglichen. Wenn der Reichsarbeitsminister im Frühjahr 1928 gegenüber den Preisforderungen der Eisenindustrie allzu nachgiebig war, so wurden der Eisenindustrie nur Sondergewinne auf Kosten der Allgemeinheit und zum Schaden der Entwicklung zugeschanzt. Die Entwicklung zeigt nur, daß unser Widerstand gegen eine Eisenpreiserhöhung damals durchaus berechtigt war, und so zeigt weiter, daß eine nochmalige Erhöhung der Eisenpreise nur Vermehrung der Sondergewinne für die Eisenindustrie bedeutet.

Wir hoffen, daß der Reichsarbeitsminister gegenüber den Preiswünschen der Eisenindustrie fest bleibt und verweisen dabei auf die Einstellung zahlreicher bürgerlicher Wirtschaftsjournalisten, die auf Grund der bedeutend gestiegenen Erlöse

eine Verringerung der Inlandspreise fordern. Gegenüber solchen Forderungen beruft sich die Eisenindustrie immer auf die niedrigen Nominallöhne der Westländer, besonders auf die Löhne in Frankreich. Sie vergißt aber zu erwähnen, daß die deutschen Inlandspreise weit über den Inlandsverkaufspreisen dieser Länder liegen. Der Inlandsverkaufspreis für Stabeisen beträgt zum Beispiel in Frankreich jetzt, trotz mehrmaliger Erhöhungen, nur 120 M., in Deutschland dagegen 141 M. je Tonne. Die gesamten, auf eine Tonne entfallenden Lohnkosten dürften nicht höher sein als diese Preisdifferenz. Auch das Viecherzweigein muß in Deutschland mit etwa 82 M., in England mit 66 M. bezahlt werden. Die deutschen Unternehmer können auch den Roheisenpreis auf viel höherem Stand halten als England, das doch, was unbestritten ist, mit erheblich höheren Löhnen arbeitet, weil der Preis in Deutschland durch Zoll geschützt ist. Die Behauptung, die Produktion Deutschlands sei durch Löhne mehr belastet als in anderen europäischen Ländern, trifft also nicht zu. Es ist deshalb alles daranzusetzen, um eine Preiserhöhung für Eisen zu unterbinden. Die Eisenindustrie darf ihre Monopolstellung nicht dahin ausnützen, die inländischen Verbraucher nach Griechenland auszubeuhen.

Ein einsichtiger Unternehmer

Zwei Dinge sind es, wogegen sich die deutschen Unternehmer immer wieder wehren, nämlich gegen den Ausbau der Sozialversicherung und gegen das Vordringen der sogenannten öffentlichen Hand. Sie wollen im besonderen keine Erhöhung der Löhne und fordern den Abbau der sozialen Lasten. Es ist nun ganz wertvoll, anzuführen, was ein schmerzhafter Unternehmer zu dieser Sache sagt. Der bekannte Schokoladenfabrikant Theodor Tobler hat im Sozial-Institut der Wirtschaftswissenschaften Republik einen Vortrag über „Produktion und Wirtschaft im Zeichen einer neuen Zeit“ gehalten und dabei die sozialen Fragen berührt, weswegen unsere Unternehmer besonders in der letzten Zeit immer wieder aufbegehren. Herr Tobler bringt den sozialen Kampf der Arbeiterklasse eine ganz andere Auffassung entgegen als seine deutschen Standesgenossen. Er betrachtet es als ein Glück, daß die Arbeiterklasse sich in stets zunehmendem Maße auf ihre Menschenrechte zu besinnen begann und daß ihr Führer entstanden sind, die vermocht haben, von der Unternehmerrschaft ein Zugeständnis nach dem andern zu erzwingen. Er sieht auch in dem Sozialismus den notwendigen Rückschlag gegen die Übergriffe und Mißbräuche der begüterten Klasse. Ein treffendes Wort sagt Tobler über die Frage der nationalen Wirtschaft und der internationalen Bestrebungen, indem er wie die Arbeiterklasse davon ausgeht, daß der Wert der Arbeitskraft nur gehoben werden kann, wenn wir um den Ausbau des Reichtums der Welt bestrebt sind: „Ich sage absichtlich der Welt und nicht der Nation, denn die Wirtschaft ist nicht mehr, kann nicht mehr national sein.“

Von den Löhnen sagt der schweizerische Großindustrielle, daß nur mit hohen Löhnen der Arbeitswillen und die Arbeitsfreude erhöht werden und daß diese Löhne die bedeutendsten Eigenschaften zur Erhöhung der Erzeugung darstellen. Tobler will, daß die Menschen dazu erziehen werden, „sich den Himmel auf Erden zu erbauen“ und er erblickt den Weg, den wir gehen müssen, um die schlummernden Kräfte zu wecken, in der begonnenen privatrechtlichen Sozialisierung. Mit Reulensschlägen zertrümmert Tobler die von den deutschen Unternehmern besonders in der letzten Woche sich hantelnden Angriffe gegen die Sozialversicherung. Er weist es zurück, daß die Kapitalvertreter die gefallene Wirtschaftlichkeit der Betriebe auf die überhöhten Lohnsätze, die über alle Gebühr herabgegriffen Arbeitszeit und die großen Lasten der Sozialversicherung zurückführen. Er sagt richtig:

„Die Sozialversicherung betreffend erscheint es mir als vollkommen richtig, zu behaupten, daß wir damit den Verantwortlichkeiten der Arbeiterklasse hemmen. Es ist tausendfach erwiesen, daß er bei allen Menschen überhaupt erst dann in Erscheinung tritt, sobald sie feststellen können, daß ihr materielles Bemühen von irgendwelcher Aussicht auf Erfolg begleitet ist. Gerade das will aber diese Sozialversicherungsmassnahme. Es ist erwiesen, daß der Arbeiter, der sich für seine alten oder invaliden Tage gesichert fühlt, viel mehr und viel freudiger aus sich herausholt, was er kann, um dem Betriebe zu helfen. Jedenfalls konnte ich nachweisen, wie die Versicherungen der Arbeiterklasse die Stabilität des Betriebes personell außerordentlich erhöhen und wie sehr das mittlere Dienstalter von ihnen nach oben hin beeinflusst wird.“

Tobler schließt seine Ausführungen mit den großen Revolutionen: Freiheit — Gleichheit — Brüderlichkeit und wünscht, daß diesen Worten die befreiende Tat folgen solle.

Der zweite Angriff richtet die Unternehmer gegen die Einmischung des Staates in die Privatwirtschaft. Das Eigentümliche ist nur, daß sie überall da die Staatsmittel nicht verschmähen, wo sie sich einen Nutzen davon verschaffen. Die Konjunkturforschungsbüro der Reichsregierung bringt dazu ein neues Beispiel. Die für die landwirtschaftliche Unterhaltung von der Reichsregierung zur Verfügung gestellten 30 Millionen Mark sind u. a. auch seit von der Gleichgewichtsindustrie für verlässliche Kredite in Anspruch genommen worden. Es ist je eine Wapp- und Fleischwarenfabrik in Königsberg und Schleieritz errichtet worden. Das schmeckt ist aber, daß die großen Industriekonzerne, die Weltkonsumgüter herstellen, die im Rahmen des Reichs zur Verfügung gestellten Kredite für ihre Zwecke auszunutzen verstanden. An dem in Berlin am 8. September 1928 unter der Firma „Schweizerische Eidgenossenschaft AG.“ gegründete Unternehmen haben sich von größeren Unternehmungen beteiligt: Rohlf- und Eisenindustrie mit 400 000 M., die AG. Harbingerwerke mit 300 000 M., das Kaliwerk mit 150 000 M., Eisen- & Stahl AG. mit 50 000 M. und die AG. mit 50 000 M. Die ganze Zweckmäßigkeit, mit der das Unternehmertum in der Öffentlichkeit gegen das Vordringen der Staatsmacht des Staates in die öffentlichen Betriebe wehrt, geht aus diesem Beispiel ganz deutlich hervor.

Erfolge der Lohnbewegungen

Das Jahr 1927 des VDSB gibt ein gutes Bild der gegenwärtigen Wirtschaft und Sozialpolitik, sowie aller mit der Wirtschaftsbewegung zusammenhängenden Fragen. Wichtig sind die Mitteilungen, die über die Erfolge der Lohnbewegungen gemacht werden. Als mit Schluß der Juliaktion zum ersten Male eine Bewegung des Durchschnittslohnes wieder möglich war, ergab sich ein durchschnittlicher Tariflohn von 51,5 Pf. die Stunde, der im Jahre 1924 auf 63,3 Pf. erhöht werden konnte. Das Jahr 1925 brachte diese günstige Entwicklung fort; Ende 1925 betrug dieser noch der gewerkschaftlichen Tariflohn 67,1 Pf. der Durchschnittslohn 67,1 Pf. Das Jahr 1926 brachte ebenfalls wieder den Anstieg der Tariflohn- und der Durchschnittslohn, so daß während dieses Jahres die Tariflohn- und der Durchschnittslohn sich auf 71,5 Pf. und 71,5 Pf. erhöht haben. Der Tariflohn betrug am Ende des Jahres 1927 auf 71,5 Pf. und der Durchschnittslohn auf 71,5 Pf. Das Jahr 1927 brachte ebenfalls wieder den Anstieg der Tariflohn- und der Durchschnittslohn, so daß während dieses Jahres die Tariflohn- und der Durchschnittslohn sich auf 71,5 Pf. und 71,5 Pf. erhöht haben. Der Tariflohn betrug am Ende des Jahres 1927 auf 71,5 Pf. und der Durchschnittslohn auf 71,5 Pf.

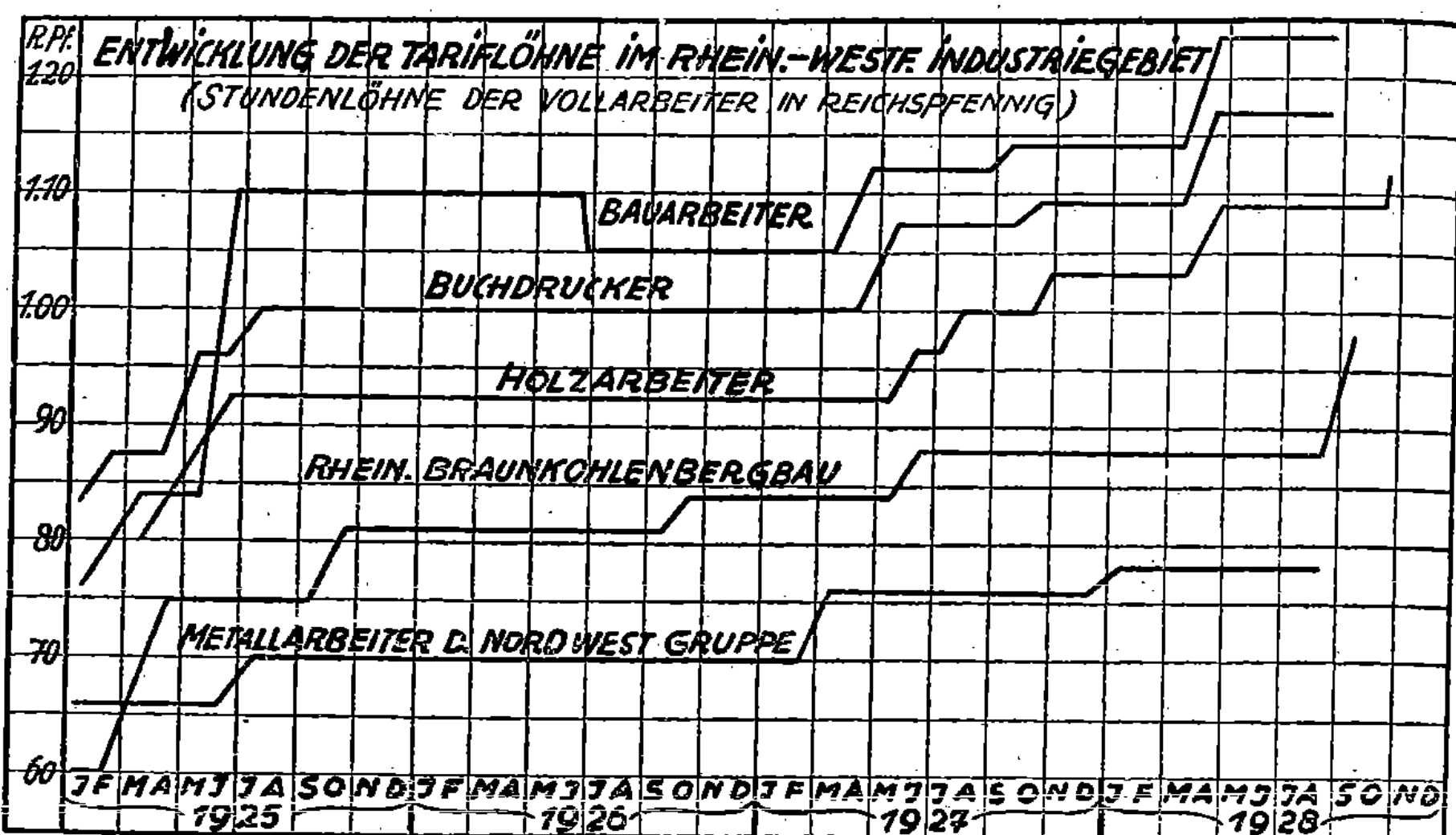
Es war schon bekannt, daß die Gewerkschaften die günstige Lage des Arbeitsmarktes auszunutzen, um nachzugeben, was die Wirtschaft, welche sich in diesem Maße des Anstiegs werte, zeigt die im letzten Jahr veranschaulicht. Einmal der Lohnbewegungen. Danach kam im März 1927 für 733216 männliche Personen eine durchschnittliche Lohnsteigerung von 18,5 Millionen und für 273357 weibliche Personen eine solche von 4,3 Millionen M. oder zusammen für etwa 10 Millionen Personen eine Lohnsteigerung von etwa 23 Millionen M. in der Höhe der Lohnsteigerung. Das bedeutet für den einzelnen Arbeiter durchschnittlich eine monatliche Lohnsteigerung von 2,25 M. (2,54 M. für den männlichen Arbeiter, 1,56 M. für die Arbeiterin). Diese Lohnsteigerung ist in der Tariflohnstatistik dann wieder, daß der zu Beginn des Jahres 1927 bestehende Durchschnittslohn von 57,1 Pf. auf 71,5 Pf.

Zur Lohnbewegung in der Schwereisenindustrie

Daß die Metallarbeiterverbände den durch den berücksichtigten Schiedsspruch vom 15. Dezember 1927 festgelegten Lohnvertrag für die Hütten- und Metallarbeiter der Nordwestlichen Gruppe zu dem nächstmöglichen Termin kündigen würden, war schon nach Bekanntwerden des Schiedsspruchs eine Selbstverständlichkeit. Der Deutsche Metallarbeiter-Verband hat die Ablehnung des Spruchs als ein Gebot der Selbstachtung betrachtet. Die Lohnsteigerung von 2 1/2 für den Facharbeiter und 1 1/2 für den Hilfsarbeiter wirkte geradezu empörend, um so mehr, als wenige Wochen später in freier Vereinbarung 7 und 8 1/2 zugestanden wurden (siehe Metallindustrie Köln). Auch die Lohnentwicklung in der Metallindustrie im übrigen Deutschland war wesentlich günstiger als im rheinisch-westfälischen Industriegebiet.

Es ist recht bemerkenswert, daß in Industrieorten, die frachlich für die wichtigsten Rohstoffe (Kohle und Eisen) ungünstiger liegen, höhere Verdienste erreicht werden als im Ruhrgebiet. Damit ist natürlich nicht anerkannt, daß jene Unternehmer zugänglicher seien, als die Ruhrindustriellen.

Stellt man die Lohnentwicklung der Metallarbeiter mit der anderer Industrien des rheinisch-westfälischen Industriegebietes in Parallele, so zeigt sich, wie sehr die Metallarbeiter seit Jahren zurückgeblieben sind.



Dieses Schaubild spricht deutlich genug. Die Unternehmergruppe Nordwest behauptet aber trotz dieser Hinweise, daß die Industrie weitere Belastungen nicht ertragen könne. Sie ist, wie voriges Jahr im Dezember wieder dabei, die Öffentlichkeit zu täuschen, wobei sie, wie immer, maßlos übertriebt. Es sei nur ein Beispiel angeführt: Bei der Dezemberbewegung behauptete die Gruppe Nordwest, es müßten 15 900 Arbeiter mehr eingestellt werden, wenn die Verordnung vom 16. Juli 1927 durchgeführt werden sollte. Mehr eingestellt wurden aber nur 2200 Arbeiter. Das Institut für Konjunkturforschung, Abteilung Westen, berichtet, daß die Gesamtbeschäftigung der rheinisch-westfälischen Stahlindustrie im Dezember 1927 213 928 betragen habe, dagegen im April 1928, also nach Durchführung der Verordnung, 212 295, also eine Verminderung der Beschäftigung.

Ebenso wird es jetzt wieder gemacht. Am 26. September wird in der Bergwerks-Zeitung ein Schaubild veröffentlicht, das zeigen soll, daß die Löhne um 75 vS gestiegen, die Eisenpreise aber fast gleich geblieben seien. Wie steht es damit? Nach den amtlichen Angaben der Walzwerksbetriebsgenossenschaft verdiente der Arbeiter im Durchschnitt, also einschließlich der an- und ungelesenen Arbeiter, im Jahre 1913 5,78 M. den Tag, im Juli 1923 verdiente der Facharbeiter (Schlosser, Dreher) im Durchschnitt 8,31 M., oder ein Mehr von 2,53 M. gleich 43,77 vS. Der Lebenshaltungszustand stand im August 1923 auf 153,5. Also ist der Friedensreallohn nicht erreicht. Und nun die Eisenpreise:

Die Löhne Stabeisen kostete im Jahre 1913 93 M., im März 1923 137 M. Das ist eine Steigerung von 39,7 vS. Dazu kommen die fälschlich kontrollierbaren Qualitätsaufschläge. Die einverarbeitende Industrie beklagt sich stark über die steigende Ausdehnung der Qualitätsüberpreise, ja es sei überhaupt kaum noch möglich, ohne diese Überpreise Material zu bekommen, oder ohne diese werde keine Garantie geleistet. Trotz dieser Klagen

sind sich natürlich beide (erzeugende und verarbeitende Industrie) einig in der Bekämpfung des Aufstrebens der Arbeiterklasse.

Ganz besonders bedenklich ist es, daß entgegen dem Jahre 1926 und Anfang 1927 über drei Viertel der Produktion im Inland, also zu den höheren Preisen abgesetzt werden konnte.

Das Jahr 1927/28 war ein Jahr von ungeahnten Produktionssteigerungen, eines glänzenden Geschäftsjahrs. Erzeugt wurden im rheinisch-westfälischen Industriegebiet:

	Roheisen:	Roßstahl:
1926 Monatsdurchschnitt	648 900 Tonnen	823 300 Tonnen
1927	842 700	1 081 500
1927 Juli	876 900	1 085 900
1928 Mai	817 600	1 014 100
1928 Juni	802 100	1 039 100
1928 Juli	824 200	1 058 900

Auch die Weltmarktpreise haben sich für einige Sorten nicht unerheblich verbessert. So betrug der Preis für eine Tonne

	Grubbleche:	Stabeisen:
im Januar 1926	127,68 M.	im Januar 1926 107,25 M.
„ „ 1928 121,94	„	„ 1928 100,28
„ März 1928 129,21	„	„ März 1928 109,15

Die Geschäftsabfälle der einzelnen Werke gegenüber den Vorjahren sind ebenfalls als gut anzusehen. Neben erheblichen Abschreibungen und Werkstoffvermehrungen eine Dividende, die zwischen 5 bis 10 vS schwankt. Die Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ meldet, daß bei 1318 Aktiengesellschaften, die über 51 vS der gesamten Aktien Deutschlands besitzen, der Nettogewinn von 7,9 Milliarden im Jahre 1926 auf 9 Milliarden im Jahre 1927 gesteigert werden konnte.

Die Arbeiterklasse hat nur berechtigte Forderungen gestellt und sie erwartet, daß ihnen die notwendige Beachtung geschenkt wird. Leben und Gesundheit des Arbeiters erfordern ein Einkommen, das ihm seine Arbeitskraft erhält und der Familie ein besseres Dasein sichert.

anließ. Für das erste Halbjahr 1928 liegen noch keine abschließenden Ergebnisse vor, doch lassen die bis zum Ende des Monats Mai für eine Anzahl von Industrien vorhandenen Zahlen bereits erkennen, daß der Durchschnittslohn in dieser Zeit eine Erhöhung um etwa 5 Pf. auf 99,5 Pf. die Stunde erfahren hat. Maßgebend ist, daß diese Ergebnisse der gewerkschaftlichen Lohnbewegungen der letzten Zeit auch dann erfolgreich und erhaltend bleiben, wenn man das Ansteigen der Lebenshaltungskosten in Rechnung stellt.

Zunahme der Arbeitslosen

Die bereits im Monat August wahrnehmbare Mehrung der Arbeitslosen hat sich langsam fortgesetzt. In der Zeit vom 1. bis 15. September stieg die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung von 574 000 auf 576 500, das heißt um 200 oder 0,4 vS. Die Steigerung ist, wie in den vorhergehenden 14 Tagen, nur auf die Zunahme der männlichen Hauptunterstützungsempfänger zurückzuführen. Die Zahl der weiblichen ist in den Monaten vorher. In der Statistikunterstützung fand nur eine geringfügige Steigerung der Hauptunterstützungsempfänger statt. Sie betrug rund 81 000. Anstatt wie die unterstützten Arbeitslosen in der Arbeitslosenversicherung und der Arbeitslosenversicherung zusammen, so im Mitte September rund 677 000 unterstützte Erwerbsfähige zu haben. Am 15. August betrug deren Zahl rund 649 000 und am 31. Juli rund 647 000. Die Zunahme der Arbeitslosigkeit ist allerdings noch geringfügig und ist wohl in der Hauptsache auf die Entlassungen in der Landwirtschaft zurückzuführen. Die Entlassungen konnten in diesem Jahre schneller als sonst zu Ende geführt werden.

Schwachsinrige Proleten

Als Wilhelm (Ruhr) wird aus geschrieben: Kürzlich wurde hier ein großer schwarz-weiß-roter Rummel aufgeführt. Die ersten Erregenen von Wilhelm hatten wieder einmal die nationalsozialistische Flagge herangezogen. Am Sonntag trugen sich Stahlhelm-, Reichs- und Marineverbände gruppenweise „die Arbeiter“ mit dem bekannten Schloß auf der Feldmark und junge Mädchen in blauer Kammelform, die sie im Leben eines Tropfen Salzwasser gelassen haben — es sei denn von einem Salzwasser. Das darüber konnte man hinstellen, weil diese „Erwerbsfähigen“ Deutschlands nicht kaputt machen. Einmal beiderseits hat die Brandstiftung nur dadurch, weil man betonen konnte, daß ein großer Teil der Arbeiter aus Arbeitern bestand, ausgenommen einige Betriebsführer von

Bauern und industriellen Werken, denen die Veranstaltung Gelegenheit bot, ihre Unfähigkeit zu beweisen. Und damit kommen wir zu dem Kernpunkt der Sache. Was man über die Brüderstraße, so konnte man bei der Hausnummer 8 sehen, wie auch das „Geschäftshaus Hugo Stinnes“, das Stammhaus der Firma Stinnes, groß in schwarz-weiß-rot geflaggt hatte. Dem ausnehmenden Beobachter mußte es eigenartig anmuten, daß Arbeiter, die wissen konnten, wie gerade diese Firma es verstanden hat, die Arbeiter auszubeuten und den Staat zu betrügen, wie diese Arbeiter unter der schwarz-weiß-roten Stinnesflagge marschierten! Arbeiter und Ausbeuter gemeinsam gegen die heutige Verfassung, für die alte Monarchie mit ihrer heute noch immer wieder stinkigen Blauen öffentlichen Korruption! Das ist zum Schreien. Es scheint Proletariat zu geben, die selbst bei Stochschlägen auf den Magen noch hurren können.

Vor dem Hunger geschäft

Die Handwerkerzeitung „Der Meister“ brachte beim Einmarsch auf die Bejagung der Reichsbank folgende Mitteilung: „Außerhalb der Bejagung der Reichsbank stehen die Mitglieder des Direktoriums der Reichsbank. Sie erhalten einschließlich der Zuschläge u. a. ein Jahresgehalt von 172 000 M.; der Präsident erhält 310 000 M. jährlich. Scheidet ein Mitglied des Direktoriums ohne Verurteilung aus, so erhält es den achtfachen Jahresbetrag seines Einkommens als Abfindung.“

Das heißt also: Jedes Mitglied des Direktoriums erhält beim Ausscheiden 1 Million 376 000 M., der Präsident etwa 2 1/2 Millionen. Herr Schacht hat außerdem eine prächtige Ausbuchtung von 16 Zimmern, die bei seinem Ausmarsch neu hergerichtet und mit moderner Ausstattung versehen wurde. Die Gehälter der Herren Reichsbankdirektoren sind, wie die obigen Zahlen beweisen, auch recht ausnehmend. Dabei läßt es sich leben. Dem deutschen Volke aber bei jeder Gelegenheit Sparlichkeit bis zum äußersten als eine heilige Pflicht in dieser schweren Zeit zu predigen, kann Herr Schacht nicht müde werden. Auffällig ist es, daß man in der Öffentlichkeit über die interessanten Zahlen noch so wenig zu hören bekommen hat.

Wie man sieht, sind die Panzertrennen vor dem Hunger wohl geschützt, während den Arbeitern das Geld zum Überleben fehlt. Und wer gibt den Arbeitern eine Abfindung, wenn sie schuldlos auf die Straße gesetzt werden? Man braucht sich nicht zu wundern, daß Schacht, der Reichsbankpräsident, von Sparlichkeit redet und die Angelegen der Erde für Wohnungsbau als unproduktive Ausgaben bezeichnet. Er hat ja eine Wohnung von 16 Zimmern.



Technik und Werkstatt



Schwingungen

Wenn wir an das eine Ende eines Fadens eine kleine Bleifugel befestigen und das andere Ende des Fadens mit der Hand halten, so wird die Bleifugel durch kurzes Hin- und Herbewegen unserer Hand in hin- und hergehende Schwingungen versetzt, und zwar wird die Bleifugel in ungefähr einer Sekunde einmal hin und her geschwungen.

Würde der Faden kein Widerstand durch Luft und durch die immerhin vorhandene Starrheit des Fadens entgegenstellen, so würde sie bis in alle Ewigkeit weitererschwingen, ohne daß sich die Schwingungszeit verändern würde. Immer würde die einmal durch unsere Hand in die Faden eingeleitete Energie sich in dem Schwingen der Kugel auswirken.

Nur eine Erscheinung tritt hierbei auf und das ist die Änderung der Schwingungsrichtung, das heißt mit anderen Worten: Haben wir die Kugel so in schwingende Bewegung gesetzt, daß sie zuerst von unserer linken nach unserer rechten Seite schwingt, so wandert diese Schwingungsrichtung langsam aber stetig, nach einer gewissen Zeit wird die Kugel von uns weg und auf uns zu schwingen, die Schwingungsebene hat sich also um 90 Grad gedreht. Sie wandert weiter und bewegt sich stetig im Kreis.

Für unsere weiteren Betrachtungen ist dies belanglos, es sollte nur der Eigentümlichkeit halber mit erwähnt werden.

Diese Schwingung, die von der Kugel ausgeht, ist eine zwanglose, das heißt die Kugel kann frei ausschlagen.

Wir ändern nun die Sachlage insofern, daß wir an Stelle des Fadens eine feste Stange verwenden, die im Schwerpunkt in einem Gelenk beweglich ist. Auch jetzt noch kann die Kugel frei ausschlagen und es ergibt sich in der Art der Schwingung noch keine Änderung. Diese tritt erst ein, wenn wir den Schwingungsweg begrenzen, dadurch, daß wir etwa auf den halben Schwingungsweg einen Anschlag anbringen, an den die Bleifugel anschlägt.

Wenn wir diesen Anschlag federnd anbringen, so werden wir die Beobachtung machen, daß die Feder gespannt wird und der Anschlag etwas nachgibt. Es ist also ein Teil der Kraft, welche die Kugel beim Schwingen aufgespeichert hatte, in die Feder des Anschlages übertragen worden und von dieser durch Spannen der Feder vernichtet worden. Die Feder spielt dann wieder zurück und erwartet den neuen Anstoß von der Kugel.

Ein weiteres und für die späteren Betrachtungen sehr wichtiges Beispiel ist das einer nach beiden Seiten federnden Schlagtür, wie sie in den Durchgangswagen der Eisenbahn anzutreffen ist. Beim Aufstoßen der Tür nach einer Richtung ist zur Überwindung der Federkraft eine gewisse Anstrengung, also ein Kraftaufwand nötig. Die Tür schwingt aber wieder zurück und dieses Spiel wiederholt sich mehrere Male und würde sich ewig fortsetzen, wenn nicht auch hier Widerstände die Kraft mit der Zeit vernichteten.

Wie bereits erwähnt, ist zum ersten Aufstoßen der Tür eine Kraft nötig. Stößt aber nun in dem Augenblick, wo die Tür zufolge der Federkraft in die andere Richtung schwingt, ein anderer in dieselbe Richtung, so braucht er keinerlei Kraftanstrengung, denn die Tür schwingt ja von selbst in diese andere Richtung zurück. Wollte er aber die Tür in die andere Richtung zurückstoßen, wenn diese erst auf dem halben Wege angekommen ist, also entgegen der Richtung, die die Tür noch selbst machen wollte, so muß er hierzu nicht allein die Kraft aufwenden, die nötig ist, die Tür aus der Ruhelage zu öffnen, sondern auch noch die, die die Tür noch in sich hatte. Diese Erfahrungen wird schon jeder an sich selbst an solchen Schlagtüren gemacht haben.

Was haben nun diese Verhältnisse mit unserer Technik zu tun? Sehr viel, mehr als wir ahnen.

Wir merken wohl, daß zum Beispiel die Häuser wackeln, wenn ein schweres Auto vorbeifährt, daß in der Werkstatt eine leichte Bewegung ausreicht, ein Schwingen und Zittern in feinsten Auswirkung. Woher kommt das?

Wir müssen uns da erst einmal das Wesen und die Entstehung von Schwingungen noch näher klar machen. Wie wir oben bereits sahen, entsteht eine Schwingung, wenn wir in eine Masse einseitig Kraft einleiten. Besonders zu bemerken ist: Masse, Kraft und einseitig!

Wir wollen diese Begriffe nun einmal auf die uns verständlichen Maschinen übertragen und nehmen als Beispiel eine Dampfmaschine. Hier haben wir als Masse den Dampfzylinder und die Pleuellstange mit Pleuellstange, als Kraft den Dampf, der nicht auf beiden Seiten des Pleuellstanges zu gleicher Zeit wirkt, sondern abwechselnd einseitig.

Ja, aber die Dampfmaschine läuft doch ruhig! Auch das hat seinen Grund, und zwar darin, daß die Maschine mit einem Schwingungsgrad ausgerüstet ist, das die Ungleichmäßigkeiten der Bewegung auszugleichen sucht. Daß dies nicht immer vollkommen gelingt, zeigt sich am besten daran, daß eben nicht alle Dampfmaschinen ruhig laufen, sondern daß man die Pleuellstange ganz genau spüren kann. Und hiermit kommen wir zu dem Kernpunkt: Schwingungen sind nicht immer zu vermeiden, besonders bei hin- und hergehenden Massen, wenn auch das Bestreben besteht, einen möglichst großen Ausgleich zu schaffen, so scheitert dieses Bestreben manchmal in bezug auf die Konstruktion des Einzelteiles und muß durch andere Hilfsmittel erreicht werden.

Übertragen wir nun einmal die hin- und hergehende Bewegung in eine rundlaufende, so können wir hier ähnliche Verhältnisse feststellen. Nehmen wir an, ein schnell umlaufendes Rad habe an einem Punkt eine schwerere Stelle als an sämtlichen anderen Stellen, so wird dieser schwerere Punkt eine Ungleichmäßigkeit der Bewegung ergeben und zu Schwingungen Anlaß sein. Aus diesem Grunde werden ja schnell umlaufende Teile heute so gewissenhaft ausgewuchtet, das heißt es wird die Ursache beseitigt, indem entweder die schwerere Stelle abgenommen oder indem als Gegengewicht ein entsprechend schweres Stück angebracht wird.

Diese Schwingungen können sehr gefährlich werden. Nehmen wir an, daß die Schwingungen so gering sind, daß wir sie nur als leichtes Zittern spüren, so sind sie immer noch groß genug, eine dauernde Baustoffveränderung hervorzurufen, die schließlich dazu führt, daß der Baustoff eines schönen Tages diesen dauernden Veränderungen nicht mehr gewachsen ist und zerstört wird.

Wie wir aus dem eben genannten Beispiel gesehen haben, sind für Schwingungserscheinungen ganz bestimmte Gesetze, das heißt

Naturgesetze vorgeschrieben. Es schwingt eine Kugel an einem meterlangen Faden etwa einmal in einer Sekunde. Wollte man diese Schwingungszeit ändern, so müßte man eine Zusatzkraft anwenden, die einen Teil der natürlich eingeleiteten Kraft vernichtet. Jeder Körper, der schwingt, hat also eine sogenannte Eigenschwingung, die durch die Entfernung vom Schwingungspunkt gegeben ist.

Wir wollen nun noch weitergehen und uns vorstellen, daß wir zwei gleich lange Fäden mit gleicher Kugel zusammen schwingen lassen, so wird die eine Kugel die andere unterstützen, die Eigenschwingungen addieren sich. Lassen wir die Kugeln nun gegeneinander schwingen, so werden diese in der Mitte der Schwingungsbahn zusammenprallen und so ihre Schwingungsfähigkeit gegenseitig aufheben. Das heißt nun in die Praxis übertragen: Wenn wir irgendwo Schwingungen verspüren, so müssen wir diese durch Gegenrichtungen aufheben. Zum mindesten müssen wir vermeiden, daß sich Schwingungen addieren, was zum Beispiel gerade bei Dampfmaschinen vorkommen kann. Wie wir oben sahen, ist man bestrebt, die Schwingungen der hin- und hergehenden Teile durch ein Schwingungsgrad aufzuheben oder zum mindesten zu mildern. Ganz gelingt dies nicht, es bleiben also immer noch restliche Schwingungserscheinungen, die, mit vielleicht auftretenden Schwingungen des Fundaments addiert, zu den größten Störungen führen können. Ist es doch auf diese Art vorgekommen, daß Schwingungen im Maschinenraum nur als leichtes Zittern zu verspüren waren, daß man diese in weit entfernten Gebäuden derart stark wahrnehmen konnte, daß die Gebäude Risse bekamen. Hier addierten sich die restlichen Schwingungen der Maschine mit denen des Untergrundes.

Wie störend Schwingungen werden können, hat zum Beispiel jeder Dreher schon selbst gemerkt. Ihm zeigen sich die Schwingungen als Zittern der Maschine, was sich auf dem Werkstück durch Rattermarken kennzeichnet. Manchmal ist dem Übel durch höhere Umlauffrequenzen beizukommen, wenn das Werkzeug und die Maschine solche verträgt, manchmal muß diese herabgesetzt werden.

Wie weit Schwingungen übertragen werden können, sehen wir am besten in Werkstätten in ersten oder höheren Stockwerken. Wenn hier Maschinen nicht ganz schwingungsfrei laufen und mit dem Fußboden stark verbunden sind, so kann man die Schwingungen der Maschinen im ganzen Gebäude merken.

Als Beispiel hierfür diene eine Schleifmaschine, die sauber ausgewuchtet ist und praktisch zitterfrei und schwingungsfrei läuft. Es ließen sich mit der Maschine, die zum Kaliberschleifen diene, keine guten Unterzeugnisse erzielen, bis man dazu überging, mit der Maschine nach Feierabend Versuche anzustellen, wenn alle anderen Maschinen standen. Auf einmal wurden die Erzeugnisse einwandfrei. Dabei stand die Maschine im Erdgeschoß auf 17 Zentimeter starkem Betonboden. Man untersuchte nun die Sache genauer und fand, daß während der Arbeit der anderen Maschinen tatsächlich der ganze Fußboden zitterte, was man bisher noch nicht beachtet hatte. Nachdem die Maschinen auf Unterlagern gestellt worden waren, die die Erschütterungen aufnahmen, konnten einwandfreie Erzeugnisse erzielt werden.

Man hat ja ein Mittel, Zittern oder Schwingungen augenscheinlich festzustellen und das ist, daß man einen Bleistift, der allerdings unten gerade sein muß, auf einen Teil der Maschine aufstellt. Je länger der Bleistift sein kann und doch noch ruhig steht, desto zitterfreier läuft die Maschine. Das ist natürlich nur ein grobes Mittel. Zur Feststellung wirklicher Schwingungen, auch der geringsten, die immer noch Schaden bringen können, gehören empfindliche Apparate. Aber es lohnt sich immer, eine Maschine auf Schwingungsfreiheit zu untersuchen und bei Auftreten von Schwingungen diese zu beseitigen.

Die Erforschung der Schwingungen ist ein neues wissenschaftliches Gebiet. Es treten hierbei so verschiedene Verhältnisse auf, daß jeder Fall einer eingehenden Untersuchung bedarf. Es ist hierbei nicht immer gesagt, daß zum Beispiel in dem oben angegebenen Fall der Dampfmaschine eine Verstärkung des Fundaments richtig ist. Es hat sich vielmehr gezeigt, daß in vielen Fällen das Einbauen von Stößen zum Erfolg führte, jedenfalls kann man nach dem heutigen Stand der Wissenschaft den Schwingungen kräftig zu Leibe gehen.

Der Staubmotor

Von Dipl.-Ing. Dr. P. Schüke, Stuttgart

Vor rund dreißig Jahren erfand Rudolf Diesel den Schwermotor, und heute weiß jedermann, daß es Dieselmotoren gibt. Seit Diesels Tode (er erkrankte im Jahre 1913 bei der Überfahrt nach England) beschäftigen sich in aller Stille seine Mitarbeiter, der Diplomingenieur Rudolf Pawlikowski in Göttingen damit, den Dieselmotor für feste Brennstoffe, zum Beispiel Kohle, umzugestalten. Seine langjährigen Versuche brachten ihn jetzt zu vollem Erfolg und die gesamte Energiewirtschaft wird gewaltigen Nutzen daraus ziehen können.

Zu den großen Vorzügen des Dieselmotors gehört es, daß er viel weniger Brennstoff verbraucht als die Dampfmaschine oder Dampfmaschine. Bei einer Dampfmaschine muß man für jede Kilowattstunde ungefähr ein Kilogramm Brennstoff verbrennen; der Dieselmotor braucht aber dafür nur etwa hundert Gramm. Der Unterschied ist nur der, daß man für die Dampfmaschine billige Kohle und für den Dieselmotor teures Schweröl zu verwenden hat! Man versteht daher ohne weiteres die Bedeutung von Pawlikowskis Erfindung, denn sein Motor verbrennt statt des Öls ganz billigen Staub von Kohlen (Steinkohlen oder Braunkohlen), von Torf oder Holz; auch das Mehl von Weizen, Hafer oder Getreide eignet sich für den Betrieb, der sich also in manchen Industriezweigen ganz auf Abfallstoffe einstellen läßt. Verwendet man Braunkohlen, so stellt sich der Brennstoffverbrauch für eine Kilowattstunde auf den unglaublich niedrigen Wert von $\frac{1}{10}$ J., während er bei Öl mehr als das Dreifache kostet. Ein Staubmotor von tausend Pferdestärken bringt eine jährliche Brennstoffersparnis von 40 000 J.; oder anders gesagt: während sich die Brennstoffkosten bei Ölbetrieb auf 55 000 J. im Jahre belaufen, fallen sie bei Staubbetrieb auf 15 000 J.!

Es handelt sich hier nicht um Erfindungsphantasien, sondern um genaue Untersuchungen an einem Staubmotor von rund hundert Pferdestärken, der bisher jetzt etwa zehntausend Betriebsstunden geleistet und sich dabei auf die beste bewährt hat. Der Staub wird dem Motor in genau abgemessenen Portionen zugeführt, das Abnehmen geschieht natürlich mechanisch durch den Motor selber. Starker Luftdruck treibt den Staub in den Zylinder. Dort verbrennt er und treibt den Pleuellstange des Motors an.

Das klingt sehr einfach, bedurfte aber doch recht mühseliger und anfangs enttäuschender Versuche. Es gelang Pawlikowski aber, die Staubverteilung zu regulieren und für die reibungslose Entförmung der Pleuellstange und Pleuellstange zu sorgen. Damit sind wir wieder um einen großen Schritt weitergekommen in der Ausnutzung unserer Energiekräfte und dürfen stolz darauf sein, daß das neue Verfahren in Deutschland entstand.

Was ein Kolben erzählt

„Ich war einer der vielen Kolben, die man von einer Stange herunternimmt. Da die ganze Stange bloß 5 J. gefestigt hatte, so war ich selber natürlich nicht sehr viel wert. Der Mann, der uns abnimmt, bekam 15 J. für jeden von uns, und da wir vor unserer Geburt schon 30 J. wert waren, so kamen wir jetzt schon auf 45 J. und lagen nach dem Abscheiden auf dem Boden herum. Dann kam ein anderer Mann und hob uns auf, jeden einzeln, und warf uns in eine Kiste, in der er uns davonführte. Gar nicht weit von unserer Geburtsstätte entfernt machte er halt. Wir wurden entladen — jeder einzeln — und fanden uns auf dem Erdboden nieder, dicht neben einem Gebäude. Jetzt waren wir schon 55 J. wert.“

Nachdem wir ein paar Stunden auf dem Boden gelegen hatten, kam wieder ein Mann, hob uns sorgfältig auf — jeden einzeln — und trug uns ins Gebäude hinein. Dort legte er uns auf eine Maschine, mittels deren man etwas Nützliches aus uns machen wollte. Mittlerweile war unser Wert auf 65 J. pro Stück gestiegen.

Der Mann, der die Maschine bediente, ging sehr hart mit uns um. Er hob uns auf, jeden einzeln, und legte uns auf den Arbeitstisch. Dann arbeitete er an jedem von uns, und nun waren wir bereit für unsere Lebensaufgabe und kosteten schon 85 J. Jeder aber achtete der Mann unsere stolzen Gefühle nicht, als er mit seiner Arbeit fertig war. Er ließ uns auf den Boden fallen und beschädigte einige von uns ziemlich schwer. Zufällig mußten einige meiner Kameraden noch einmal in die Maschine und dadurch stieg unser Wert auf 90 J.

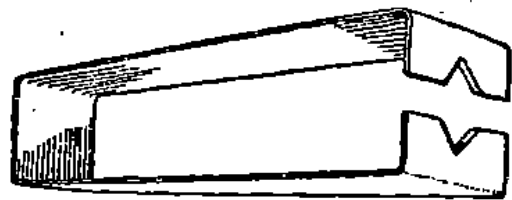
Später fuhr uns ein Elektrokran ziemlich weit fort. Dabei gelang es einigen meiner Freunde, unterwegs zu entweichen. Niemand fand sie wieder, und so mußte man sie noch einmal herstellen. Endlich landeten wir alle ungefähr hundert Schritt von dem Platz entfernt, an dem wir den Rest unserer Tage verbringen sollten. Man warf uns zu Boden, und da lagen wir nun — jeder eine ganze Meile weit. Als wir so einige Tage dajelbst gelegen hatten, wurden wir allmählich ganz rotbraun. Das war der Rest und wir schrien vor Schmerz, als man uns zuletzt einschraubte. Einige von uns waren von der rotbraunen Farbe so krank geworden, daß man sie gar nicht mehr verwenden konnte.

Da seht ihr nun, was aus einem werden kann. Obgleich wir ganz niedriger Herkunft und schlecht behandelt, bin ich doch recht kostspielig geworden und kann stolz darauf sein.“

Das erzählte der Kolben und verriet uns damit, daß er seine Jugend in einer Werkstatt verbracht, wie — sie nicht sein soll! S. S.

Zum Entfernen der Isolierung von Drähten

läßt sich das in der Abbildung gezeigte Werkzeug praktisch verwenden. Es ist hergestellt aus einem 250 Millimeter langen Federstab von 20 Millimeter Breite und 1 Millimeter Stärke. Die Enden sind scharf gesiebt und eingekerbt. Auch die Ranten der Kerbe werden mit der Feile geschärft. Zieht man isolierten Draht durch das Werkzeug hindurch und drückt dabei die Feder zusammen, so läßt sich die Isolierung mit einem Zuge glatt entfernen.



Motoren, die sich selbst zentrieren

Die Wirtschaftlichkeit des Elektromotors hängt in hohem Maße ab von der Größe des Luftspalts zwischen den Feldmagneten und dem Anker. Je enger dieser Spalt ist, desto weniger werden die magnetischen Kraftlinien gestreut und desto vollkommener vollzieht sich die Umwandlung des elektrischen Stromes in Antriebsbewegung. Man ist deshalb bestrebt, den Luftspalt so eng wie möglich zu machen, geht auf Bruchteile eines Millimeters herunter und sieht eine Grenze lediglich in der Betriebssicherheit des Motors. Es ist klar, daß der enge Luftspalt ein unbedingt zentrisches Laufen des Ankers verlangt und daß auch sehr geringe Abweichungen, zum Beispiel durch Auslaufen der Lager, zu recht empfindlichen Betriebsstörungen führen können. Allerdings braucht es soweit erst gar nicht zu kommen, denn schon kleine Ungleichmäßigkeiten des Luftspalts, die leicht entstehen können, beeinträchtigen die Arbeitsleistung des Elektromotors. Infolgedessen war man bestrebt, Lagerungen des Ankers zu konstruieren, die ihn selbsttätig in zentrischen Lauf erhalten. Das ist inzwischen durch besonders eingerichtete konische Rollenlager gelungen. Diese Lager werden durch eine Feder zusammengehalten, haben aber in der Abfederung einen gewissen Spielraum, so daß sie — dem Druck der Feder gehorchend — jede Ungleichförmigkeit des Laufes sofort ausgleichen, den Anker stets zentriert halten und Ungleichmäßigkeiten im Luftspalt gar nicht erst aufkommen lassen. Außerdem lassen sie unbedingt sicheren Betrieb des Motors in jeder beliebigen horizontalen oder vertikalen Stellung zu.

Erfolgreiche fernsichtliche Versuche

Der Leipziger Universitätsprofessor Karolus, der im Jahre 1926 ein interessantes Bildübermittlungsverfahren ausgearbeitet, ist bei seinen weiteren Versuchen auf dem Gebiete des Fernsehens dieser Tage zu neuen, überraschenden Ergebnissen gelangt. Das Fernsehverfahren des Gelehrten arbeitet wie das Bildübermittlungs-system auf der Endseite mit der Photokathode, die die Lichtimpulse in Stromimpulse verwandelt, die dann auf einen Kurzwellenstrahl weitergegeben werden. Die Empfängerseite benutzt neben dem notwendigen Kurzwellenapparat ein elektrisch-optisches Relais. Zur Zerlegung des Bildes verwendet das neue Verfahren im Gegenstand zum Bildübermittlungs-system eine Lochscheibe, auf die das zu übermittelnde Bild gebracht wird. Diese Lochscheibe hat am Rande in bestimmten Abständen kleine Spinnungen, die in einer Geraden liegen und bei der Umdrehung die Spuren des Bildes Punkt für Punkt auf die dahinter liegende Photokathode fallen lassen.

Der Empfänger benutzt die gleiche Lochscheibe, die sich mit der des Senders mit gleicher Geschwindigkeit dreht und die aus der Karolus-Telefunkenzelle ausreichenden Lichtschwankungen auf einer Mattscheibe von 10 x 10 Zentimeter vereinigt und dadurch das Bild entstehen läßt. Die für eine gute Abbildung hinreichenden 10 000 Bildpunkte können wie kein Film so schnell übertragen werden, daß das Auge den Eindruck des beweglichen Bildes hat.

Das neue Verfahren Karolus wird in Fachkreisen als ein gewaltiger Fortschritt der deutschen Wissenschaft bezeichnet, und man neigt der Auffassung zu, daß der Forscher mit seinen letzten Versuchen gleichen Bestrebungen englischer und amerikanischer Gelehrter weit vorausgekommen ist. Es wird damit gerechnet, daß Karolus schon in der nächsten Zeit das Fernsehen einem größeren Kreise vorführen können.



Familie und Heim



Leichtgläubigkeit

Vertrauen und Leichtgläubigkeit sind Geschwister, aber recht ungleiche: Vertrauen fußt auf Stärke und Willen, Leichtgläubigkeit auf Schwäche und Bequemlichkeit. Leichtgläubigkeit straft sich nicht immer und unbedingt, Vertrauen aber findet auch nicht immer seine Berechtigung. Ob man nicht mit Vertrauen viel weiter kommt? Man liebt doch in der Zeitung, die ein so guter Lehrmeister sein kann, von so vielen Fällen, wo Betrüger ahnungslose Frauen täuschen und ahnungslose Männer von Frauen betrogen wurden. Wie das aber nun einmal zu sein pflegt: man liebt wohl, wundern sich über die Dummheit der einen und die Frechheit der andern und fühlt sich im Grunde genommen schon bei dem bloßen Gedanken wohl, daß alles recht weit weg von einem selbst geschieht. Mancher meint sogar, ihm könne das nicht passieren!

Neulich erlebte ich einen jungen Mann, der mir mit viel Farsche klarmachen wollte, daß er die Menschen ganz genau daraufhin beurteilen könne, ob sie vertrauenswürdig wären oder nicht: er sähe ihnen einfach in die Augen! Ein recht einfaches Mittel, wenn es nur stichhaltig wäre. Der berühmte „Spiegel der Seele“, das Auge, kann doch ein arger Blendwerk sein! Außerlichkeiten sind nicht immer zuverlässig, aber es liegt natürlich nahe, daß man sich dazu verleiten läßt, Menschen nach äußeren Merkmalen zu beurteilen, zumal wenn man schon böse Erfahrungen gemacht hat. Ein hantaburger Arzt stellte in seiner Klinik keine Krankenpflegerinnen ein, die rothaarig waren. Nur blond, braun und schwarz waren ihm vertrauenswürdig! Wie ist es mit dem: „... es steht ihm oder ihr auf dem Gesicht geschrieben“, der niederträchtige Charakter, die häßlichen Angewohnheiten und alles mögliche andere. Wie schwer hat es manch einer, durchs Leben zu kommen, weil ihm von der Natur Züge gegeben wurden, die im wahrsten Sinne des Wortes nicht vertrauenswürdig sind. Mancher läuft doch überhaupt wie das wandelnde schlechte Gewissen herum und kann im Grunde seines Herzens ein guter, ehrliebender Kerl sein. Nun aber umgekehrt! Wie leicht hat es ein Mensch mit angenehmem Äußeren! Genes Wort „vertrauenswürdig“ spielt im Leben eine große Rolle. Große Geschäftsfirmen werden keine ungewandten Reisenden anstellen, keinem unanziehenden Geschäftsführer die Rabenaussicht übergeben. Man weiß, daß die Rundschau nur von vertrauenswürdigem Seiten bedient sein will. Das wissen auch die „Reisenden“, die auf eigene Faust unlautere Geschäftsmachen und die leichtgläubigen Hausfrauen betrügen. Die Heiratsschwindler wissen sich mit allen möglichen und unmöglichen Mitteln einen „feinen“ Anstrich zu geben. Vertrauende Mädchen und Frauen geben ihr Geld, schenken sich womöglich selber und klagen vor den Schranken des Gerichts: hätte ich doch nicht so blind vertraut! Unter dem Mantel der Fürsorge, mit frommen Worten und scheinheiligen Augen verstanden es erst kürzlich einige junge Männer, sich Eingang in Arbeiterwohnungen zu verschaffen. Die Frauen waren glücklicherweise klug genug, die Gefahr bald zu erkennen und ihre Mißgewissen aufmerksam zu machen. Man darf sich auch bei Leibe nicht von „redegewandten Herren“, natürlich auch „Damen“, überreden lassen, irgendwelche Scheine zu unterschreiben, Kaufverträge zu machen mit sogenannten Erleichterungen, Frauenschönheit, auch ein Gegenstand, dem Männer oft ihr Glück und Leben anvertrauen und Schiffbruch leiden. Es gibt ja so unendlich viele Beispiele.

Das Mißtrauen darf aber nicht der einzige Rettungsanker sein! Es verständlich es auch ist, wenn Menschen auf Grund ihrer immerwährenden traurigen Erfahrungen mißtrauig geworden sind, so entwicklungsfeindlich ist doch das Mißtrauen. Ein mißtrauiger Mensch macht sich im Umgang mit anderen unedelmäßig. Man braucht ja nur mal an sich zu denken, wie einem zumute ist, wenn man zu Unrecht mit Mißtrauen bedacht wird. Als Erziehungsmittel ist es ganz und gar zu verwerfen. Ein Unglücklicher, aus irgendwelchen Gründen zwangsweise seiner Freiheit beraubt, tritt wieder unter die Gesellschaft und wird mit offenkundigem Mißtrauen empfangen, wird wohl oder übel zum Rückfall verleitet. Das viele Mißtrauen, das es in der Welt gibt, ist nur darum so stark, weil viele dieser jetzt Mißtrauigen früher einmal blind auf irgendwas oder irgendwen vertrauten. Es ist eigenartig, daß gerade die Leichtgläubigen, nachdem sie enttäuscht wurden, von unheimlichen Mißtrauen gepackt werden und andere auch damit quälen. Ja Leichtgläubigkeit fühlen sie sich nur innerlich schwach, Kränke sind ja auch so leicht mißtrauig, eben weil sie ihre Schwäche fühlen. Es ist keine so ungewöhnliche Lebensart: „Ich traue keinem Menschen mehr“, die Männer sind alle falsch! — umgekehrt natürlich auch die Frauen! „Ich gebe keinem Bettler mehr was“, wenn man man heute überhaupt noch trauen!

Man hat aber nicht das pöhlische Recht, einem Menschen mit Mißtrauen zu begegnen, weil man seine Nase nicht paßt. Man hat auch nicht das Recht, alle Handlungsreisenden Salven zu senken, weil man sich von einem mal hat übers Ohr hauen lassen. Die Männer sind ganz bestimmt nicht „alle Verbrecher“, weil man „Sitzgefangenen“ worden ist. Die „Weiberzerger“ sind auch nicht alle „Trüger“. Jemand las mal vor einem Bettler, der in seinem Strohhaud ein Vermögen hinterlassen hatte; seitdem betteln noch seiner Meinung alle Bettler nur zum Vergnügen!

Man muß sich hüten, einen Fall, den man in nächster Nähe oder an sich erlebt hat, zu verallgemeinern. Man muß versuchen, ein Stückchen von sich selber abzurufen, wenn man gezwungen wird, zu irgendeiner Stellung zu nehmen. Solange man nicht genau Bescheid weiß, solange man einen Menschen noch nicht kennt, bewahre man ruhige, freundliche Zurückhaltung. Man beobachte den Menschen ganz genau, ohne irgendwelcher Reugier Raum zu geben. Es gibt wohl Menschen, die aber einen scharfen Blick besitzen und einen Menschen sehr bald durchschauen. Die sind aber eben besonders glücklich von der Natur begünstigt. Es wäre aber trübselig, wenn Menschenkenntnis nicht auch zu einem guten Teil durch Übung zu erlangen wäre. Alles heißt es: um aller Leichtgläubigkeit entgegenzuarbeiten, um alle Mißtrauen vorzubeugen, müssen wir in erster Linie Menschenkenntnis erwerben. Wir müssen also Aufmerksamkeitsunterricht am Menschen finden, und wenn man in der richtigen Weise tut, wird es einem immer mehr, wenn man ihn kennenzulernen beginnt. Menschenkenntnis ist der beste Schutz gegen Leichtgläubigkeit.

Dämmerung

Der Sonne letzter Strahl küsst schlanke Tannen.
Die grauen Schatten steigen nieder
Und Licht und Farbe fliehn von dannen.
Erwachend streckt Frau Nacht die Glieder.

Verträumt schau ich ins wesenlose Dämmern.
Obwohl mir Kampf und Schmerz belchieden,
Obwohl am Tag die Pulse hämmern, —
Das Zwielicht hüllt mich ein in Frieden. M. Schulz.

Die Krankheiten des Kindes

Von Dr. Leo Blumenthal, Berlin-Charlottenburg,
Facharzt für Säuglings- und Kinderkrankheiten

Die Masern (Schluß)

Die Prophezeiung trifft ein. Pünktlich auf den Tag wird der Arzt gerufen. Als er das Krankenzimmer betritt, ist nicht die Hand vor Augen zu sehen — geschwätze denn der Rudi: das Zimmer ist stockdunkel! Man hat die Rollläden und Vorhänge herabgelassen. „Der Augen wegen!“ kommentiert die Mutter. Der Arzt winkt ab: „Ein Ammenmärchen!“ Er macht sich gleich zu schaffen und zieht die Läden hoch. „Gewiß, man soll vermeiden, daß ein Masernkind ins grelle Licht steht, man soll das Tageslicht wohl dämpfen, wenn stärkere Reizungen der Augenbindehäute das Kind kitzeln machen. Aber allzuviel ist stets vom Übel — die Finsternis ist eine völlig überflüssige Tortur! Es genügt, das Bettgestell so zu rücken, daß das Gesicht dem Fenster abgekehrt ist.“ Aber was der Arzt sonst noch anzuordnen hat, ist höchst einfach und wenig eingezeichnet: strenge Bettruhe — das ist eigentlich alles, was zunächst verordnet wird. Nur, wenn sich der Ausbruch des Ausschlags verzögern sollte, würde eine heiße Packung oder ein heißes Bad am Plage sein.

Aber das erübrigt sich bei Rudi völlig: in der Frühe des dritten Krankheitstages treten bereits die ersten roten Punkte hinter den Ohren auf, greifen noch am gleichen Tage auf das Gesicht über und am nächsten Tage auf Hals, Stamm und Glieder. Rasch wachsen überall die zunächst vereinzelt stehenden Punkte zu Flecken an, die mit den nachbarlichen teils zu großen, roten Flächen verschmelzen, teils helle Inseln von normaler Hautfarbe umgreifen. Dabei ist die Haut, besonders im Gesicht, um Augen, Mund und Nase stark gerötet und gespannt.

Die rasche und intensive Ausbildung des Ausschlags gibt der Mutter Anlaß zu der Frage, ob das denn Masern von besonderer Schwere seien. Den Zweifel kann der Arzt ihr leicht benennen: „Der heftige Ausschlag deutet im Gegenteil auf eine lebhafteste Abwehr des Organismus hin, ist ein Zeichen seiner guten Verfassung! Wenn der Ausschlag zaghaft und nur spärlich kommt, wie das meist bei schwächlichen und an sich schon kranken Kindern der Fall ist, so ist die Krankheit weit ungünstiger zu beurteilen: dann „schlagen die Masern nach innen“ — wie der Volksmund treffend sagt —, dann können sie weit eher den Organismus mit ihrem Gift durchdringen! Die unheimlichsten Mit- und Nachkrankheiten kann man gerade bei diesen minder wehrhaften Kindern erleben, etwa tiefer greifende Entzündungen der Luftröhre oder Entzündungen des Mittelohrs.“

Die Mutter: „So wäre also von vornherein jede Mutter, die bei ihrem Kinde die Masern erwartet, einzig und allein darauf angewiesen, was die Natur des Kindes jeweils erschaffen und befürchtet läßt, im übrigen aber zu der wenig nützlichen Rolle des ratenlosen Zuschauers verurteilt?“

Der Arzt: „Auf die Hallkräuter der Natur, die „Konstitution“ des Kranken, ist letzten Endes nicht nur die Mutter, sondern auch der Arzt angewiesen, bei den Masern wie bei jeder anderen Krankheit. Sollte man die Tätigkeit des Arztes in wenig Worten charakterisieren, so müßte man sagen, daß seine Aufgabe eigentlich darin besteht, viele Kräfte durch die Mittel, die ihm die Heilkunst an die Hand gegeben hat, zu wecken, zu fördern, in das rechte Geleise zu lenken. Was das „tatsächliche Zuschauen“ anbelangt: Seine Mutter ist zur Zerknirschtheit verurteilt, die ein krankes Kind hat. Mehr denn je erheischt die Schwere einer guten Pflege und Erziehung pünktliche Befolgung — der Verlauf der Masern ist in hohem Grade dadurch mitbedingt. Und mit dem „Zuschauen“ hat es ebenfalls seine Bewandnis: wenn es die Mutter in rechter Weise tut, wenn sie gut beobachtet, so kann sie damit dem kranken Kinde in bestem Sinne dienen. Der Arzt wird immer in besonderem Maße auf ihre Beobachtungen angewiesen sein; denn er sieht das Kind nicht in der Natur, wie die Mutter! Eine achtsame Mutter wird darum auch gar nicht selten die ersten Anzeichen krankhafter Begleiterscheinungen wahrnehmen können, ehe sie nach der Arzt zu sehen bekommt — etwa eine angelegte Abkühlung unter Mitbeteiligung der Rosenzweig bei einer beginnenden Augenentzündung, eine regelmäßige Schwärzung der Mund auf den äußeren Übergang bei einer Entzündung des Mittelohrs. Durch rechtzeitige und exakte Mitteilung ihrer Beobachtungen kann sie für den Arzt die beste Sonettier leisten und ihm in jeder Hinsicht die Behandlung dieser Komplikationen leichter und erfolgreicher gestalten.“

Die Mutter: „Sowas beschönigt sich also die Behandlung der Masern in der Hauptsache auf die Verhütung und Bekämpfung ihrer Begleitkrankheiten? Den Masern selbst steht die Heilkunst nachfolgend gegenüber?“

Der Arzt: „Das ist heute nicht mehr der Fall. Wir können den Ausbruch der Krankheit verhüten, selbst wenn eine Infektion bereits eingetreten ist, indem wir das Masernvirus eines leicht durchgeführten Stabes oder — wenn dieses nicht zur Stelle ist — das Blut der Mutter oder älterer Geschwister, die die Masern bereits früher einmal überstanden haben, dem zu kranken Kinde einspritzen. Mit diesem Blut können wir dem Organismus den Schutzstoff einverleiben, den die einmal überstandene Masern hinterlassen, ihn also ausbilden, als sei er selbst bereits durchgemacht. Sollen wir den Rudi damals gepöhl, als die Masern bei der Annahme festgestellt wurden, so wäre er mit großer Wahrscheinlichkeit verpöhl geblieben — zum mindesten wären die Masern dann nur in abgeschwächter Form zum Durchbruch gekommen.“

Die Mutter: „Aber, Herr Doktor, warum haben Sie von dieser Masernschutzimpfung nichts gemacht?“

Der Arzt: „Schatten Sie zunächst die Frage: Wären Sie bereit gewesen, von Ihrem Rudi etwa 20 bis 30 cm herzugeben, wenn ich Sie darum gebeten hätte?“

Die Mutter: „Das ist doch selbstverständlich, daß eine Mutter zu jedem Opfer für ihr Kind bereit ist — auch zu diesem!“

Der Arzt: „Gar so selbstverständlich ist das nicht, die Erfahrung lehrt es wenigstens! Merkmalig oft haben Mütter zum mindesten ihre Absichten vor diesem Eingriff, fühlen sich zu schwach, zu feige, und wenn sie es selbst nicht wagen, dann sind es die besorgten Ehegatten! Man kann man sie allerdings doch noch dazu ermahnen, wenn man ihnen die biologische Tatsache vorhält, daß es sich gar nicht um ein „Opfer“ handelt — daß ihr Organismus sehr wohl den Verlust wieder wettmacht —, daß ihnen sogar mehr gegeben als genommen wird! Denn die Masernimpfung wirkt als Reiz auf die blutbildenden Organe, die übermäßig mit einer Überproduktion

ernähren. — Auf diese Probe, die Sie so rühmlich bestanden hätten, sind Sie nicht gestellt worden, weil kein Anlaß dafür vorlag. Diese Schutzmaßnahme kommt eben ausschließlich nur für körperlich minderwertige und — für zu junge Kinder in Frage. Kinder unter zwei Jahren suchen nämlich ebenfalls gern vor den Masern zu fliehen, weil auch bei ihnen erfahrungsgemäß die Masern schwerer verlaufen und eher zu Komplikationen führen können. Nur für die ersten drei Lebensmonate ist der Säugling von Natur aus geschützt. Man nimmt an, daß er für diese Zeit von der Mutter wirksame Schutzstoffe mitbekommen hat.

Für Rudi sind diese Infektionen für eine „passive Immunisierung“ nicht gegeben. Bei keinem guten Allgemeinzustand wird er aller Voraussicht nach die Krankheit gut überstehen, das Fieber wird etwa vier bis fünf Tage nach dem Auftreten der ersten Hauterscheinungen anhalten, dann abfallen, und gleichzeitig wird der Ausschlag langsam schwinden. Damit ist dann Rudi auch für andere Kinder nicht mehr infektiös und wird selbst kein Leben lang vor dieser Weltkrankheit geschützt bleiben. Denn die Masern macht wohl jeder einmal durch, aber jeder auch nur einmal.“

Die Masern sind eine hoch infektiöse, akute Erkrankung, von jüdisch des Kindesalters. Beinahe bis elf Tage nach erfolgter Infektion liegt das charakteristische Vorstadium ein: lebhafteste Schleimhautentzündungen des Nasen-Rachenraumes, der Bronchien, sowie nicht selten des Darmes; starker Bindehautkatarrh. Am dritten Tage erscheint unter Aufsteig des Fiebers der typische Hautausschlag: rote Punkte und Flecken, zunächst hinter den Ohren und im Gesicht, dann auf dem übrigen Körper. Durch teilweises Zusammenfließen der Flecken entsteht die eigentümliche „Maerung“ der Haut. Nach einem kurzen Blutstadium fällt das Fieber ab und die krankhaften Symptome schwinden. Als komplizierende Erkrankungen sind die Tuberkulose, auch die Diphtherie sowie der Mittelohrkatarrh und die Augenentzündung gefürchtet. Einmaliges Überstehen schützt vor Wiedererkrankung. (Aus der „Gesundheit“.)

Tolstoi über Krieg und Christentum

Die zivilisierte Welt begeht den 100. Geburtstag Leo Tolstois. Selbstamerweise wird er auch in der kapitalistischen und nationalistischen Presse gefeiert. Hier rüft das zu, was einst Ferdinand Lassalle von der bürgerlichen Presse Deutschlands sagte: sie feiert die großen deutschen Dichter, ohne ihre Werke zu kennen, denn wenn sie sie kannte, würde sie sich hüten, von ihnen so zu schreiben. Wie die Werke der großen deutschen Dichter, so sind auch die Tolstois voller Anklagen gegen die kapitalistische Welt mit ihrem Streben nach Unterdrückung, Militarismus und Krieg. Wie der große Russe über Militarismus und Krieg dachte, zeigen die folgenden seiner Büchern entnommenen Stellen.

Patriotismus, das Mittel der Rotschäufel

Patriotismus als Gefühl der ausschließlichen Liebe zum eigenen Volke und als Lehre vom Ruhm, dem man seine Ruhe, sein Vermögen und sogar sein Leben opfert, oder als Lehre der Verteidigung der Schwachen gegen Verdrängung und die Gewalt der Feinde — dieser Patriotismus war das höchste Ideal einer Zeit, in der jedes Volk es für möglich und gerecht hielt, für sein eigenes Wohl und seine Macht die Angehörigen eines anderen Volkes zu vernichten und zu berauben. Aber schon vor etwa 2000 Jahren finden die höchsten Vertreter der menschlichen Weisheit an, die höchste Idee der Brüderlichkeit der Menschen zu bekennen, und diese Idee kam ihnen mehr und mehr zum Bewußtsein und erreichte in unserer Zeit die verschiedenartigste Verwirklichung. Dank der Erleichterung der Verkehrsmittel, der Einheit von Industrie, Handel, der Künste und Wissenschaften sind die Menschen unserer Zeit bis zu einem solchen Grade miteinander verbunden, daß die Gefahr der Eroberungen, der Morde, der Gewalttätigkeiten von Seiten benachbarter Völker schon gänzlich geschwunden ist und alle Völker (Völker, jedoch nicht Regierungen) untereinander in friedlichen, für alle vorteilhaften, freundschaftlichen, handelsmäßigen, industriellen, geistigen Beziehungen leben, die zu führen für sie weder notwendig noch vernünftig ist. Und nun rufen die Regierungen diese feindseligen Beziehungen unter dem Deckmantel des Patriotismus hervor und geben sich dann den Anschein, daß sie die Völker miteinander verfeinden. So etwa wie ein Eigentümer beim Pferdekampf seinem Pferde Pfeffer unter den Schwanz streut und es in seinem Stalle peitscht, dann das Pferd am Zügel herausführt und sich stellt, als ob er das aufgeregte Tier nur mit Mühe bändigen könne.

„Christusliebende Truppen“

Solange wie wir außerordentliche Reichtümer genießen, während große Volksmassen elend sind von der Arbeit, solange wird es immer Kriege um Märkte geben, um Goldvorkommen und ähnliche Dinge, die wir dazu benötigen, um unsere ausschließlichen Reichtümer zu schützen. Und solange werden Kriege unausbleiblich sein, wie wir am Soldatenstande teilhaben, seine Existenz zulassen, statt ihn mit allen Kräften zu bekämpfen. Wir selbst leisten entweder Militärdienst oder leben ihn nicht nur als notwendig, sondern auch als ehrenreich an, und dann, wenn der Krieg ausbricht, schieben wir die Schuld auf irgend einen Chamberlain und andere. Die Hauptfrage ist: es wird solange Kriege geben, wie wir ohne Unwillen und Enttäuschung jene Entstellung des Christentums, die kirchliches Christentum genannt wird, zulassen oder sogar predigen, ein Christentum, bei dem „Christusliebende Truppen“, Eingebung der Kanonen und Anerkennung des Krieges als einer christlich gerechten Sache möglich sind. In dieser Religion unterrichten wir unsere Kinder, bekennen uns selbst zu ihr und dann sprechen die einen, daß Chamberlain und die anderen, daß Krüger daran schuld ist, daß die Menschen einander tötschlagen.

Gipfel der Ferkelstheorie

Entgegen sonstiger Gewohnheit steht Professor Wilhelm Meier heute beim Anziehen seine Uhr in die linke Westentasche statt in die rechte. Beim Schulunterricht greift er in die rechte Tasche, vermisst die Uhr, winkt einen Schüler heran und sagt: „Ich habe meine Uhr vergessen, gehen Sie mal rasch in meine Wohnung, auf dem Nachhause muß sie liegen.“ Als dann greift er in die linke Tasche, holt die Uhr hervor und fährt fort: „Jetzt ist es zehn Uhr, um halb elf können Sie wieder hier sein!“

Das enge Bett

Infolge der Überfüllung aller verfügbaren Quartiere bei der solner Preise müssen zwei Journalisten in einem Bett schlafen. In der Nacht erwacht der eine und sieht, wie der andere aus dem Bett steigt. „Was tust du?“ — „Ich geh' mich umdrehen.“

Vernagelt

Im Parlament von Belgrad ist es Sitte, daß die Abgeordneten ihre Opposition durch Auf- und Zuklappen der Puldbedel kundgeben; färglich konnte eine Vorlage nur dadurch passieren, weil die Puldbedel vernagelt waren. — Das Vernageltsein kommt auch in andern Parlamenten vor, nur sind es meist nicht die Puldbedel.

Herbst

Der Herbst ist am Werke, der große Künstler, dieser Meister der ersten Farben. Das Grün des Sommers war uns Hoffnung und frohes Leben. Meistert Herbst aber malt rot und gelb und braun. Er malt besinnlich. Und statt der lieblichen Blumen des Sommers, die da von Schmetterlingen umfliegen uns wie Kinder in Freude schienen, schafft der Herbst uns die Äster, die da so schmerzlich dreinschauen, als hätte sie darunter, daß ihr das muntere Spiel mit den Schmetterlingen nicht mehr vergönnt.

Und doch lieben wir auch den Herbst in seinem künstlerischen Gestalten, wie wir den Sommer lieben und den Frühling. Natur ist schön, wie sie auch schafft. Sie ist die universale Künstlerin. Allseitig sind ihre Werke. Aus Frohsinn sind sie geboren und aus Ernst. Hier jagt der Frühling im Wachsen und Knospen und da wieder liegt es über dem Herbst wie eine Bestallung. Und nur das Ganze, das Frohe und Ernste, das Kleinsende und das Reife, nur die Farben des Frühling und des Herbstes vereint sind das große Gesamtwerk der Natur als Künstlerin.

Widernatürlich ist es und unkünstlerisch, das Leben in Zeilen zu betrachten, die aus dem Ganzen gerissen sind. Nur in seiner Gesamtheit ist das Leben das wahre Leben. Nur als Frühling und Sommer und Herbst und Winter zeigt die Natur sich in ihrem künstlerischen Schöpfertum gang.

Wer diesen Künstlergeist universaler Weltgestaltung in sich trägt, der will darum nicht nur Herbst oder nur Frühling sein. Nur Alte und Junge vereint sind das ganze Leben. Hier Reife, dort Überschwang: so spielt die Natur. Hier lachende Jugend, dort stiller Ernst: so ist sie. Und beides aus einem Geiste. Alles schön, weil jedes in seiner Art ein Spiegel. Alles der Ausdruck nur eines Werts.

Aus der Tiefe des Gemeinsamen kommt das Verbindende zwischen Alten und Jungen. Und je tiefer wir diese Urkraft des gleichen schöpferischen Willens in uns fühlen, um so mehr lieben wir einander, weil wir nur vereint die Bewegung sind, die da wandelt und immer neu wandelt, wie Natur im ewigen Wechselspiele von Herbst und Frühling gewandelt hat.

Dr. Gustav Hoffmann.

Notwendige Umgestaltungen in der Reichsversicherung

Die Sozialversicherung leidet an drei Übeln: der Zersplitterung, dem unzulänglichen Einfluß der Versicherten und den teilweise ungenügenden Leistungen.

Von der Zersplitterung und der sich daraus ergebenden Behinderung in der vollen Entfaltung der Kräfte sind besonders die Krankentassen betroffen. Alle Einkünftigen müssen zugehen, daß diese Zersplitterung in viele Klassen und „Kästchen“ sich nur zuungunsten der Versicherten auswirkt. Hinzu tritt noch eine unnötige Aufzählung der Mittel durch die notwendigerweise eintretenden Mehrausgaben für sächliche und persönliche Verwaltungskosten.

Die kleinen Klassen sind nicht in der Lage, die besonderen Aufgaben der Gesundheitsfürsorge zu übernehmen. Das gilt besonders von den kleinen Betriebs- und Innungs-Krankentassen, ganz zu schweigen von den sogenannten Einzelkassen.

Zur Errichtung einer Betriebskrankentasse braucht ein Unternehmer nur 150 Versicherungspflichtige in einem oder mehreren Betrieben dauernd zu beschäftigen. Handelt es sich um einen landwirtschaftlichen Betrieb oder um einen der Blumenwirtschaft, dann genügt zur Errichtung schon eine Zahl von nur 50 Versicherungspflichtigen. Wohl bejaht eine Bestimmung, daß eine Betriebs- oder Innungskrankentasse nur errichtet werden darf, wenn sie den Bestand über die Versicherungspflicht der am Orte vorhandenen Orts- oder Landkrankentasse nicht gefährdet und ihre Leistungsmäßigkeit beibehalten. Aber nach dem Gesetz gelten Ortskrankentassen als nicht gefährdet, wenn sie nach Gründung von Betriebs- oder Innungskassen mehr als tausend Mitglieder behalten.

Dieser Zersplitterung der Kräfte muß ein Ende gemacht werden. Wenn die Betriebskrankentassen nicht den Genüß für den notwendigen Ausbau der Leistungen auch fernerhin bilden sollen, dann müssen die im Gesetz geforderten Zahlen eine wesentliche Pufferung erfahren. Für industrielle Betriebe müßte eine Mindestzahl von 5000 Versicherungspflichtigen und für die Betriebe der Landwirtschaft und Binnenwirtschaft wenigstens 1500 Versicherungspflichtige als Mindestzahl gefordert werden. Innungs- und Ortskrankentassen werden. Innungs- und Ortskrankentassen haben überhaupt keine Daseinsberechtigung; erstere dienen nur dem Sonderinteresse der Innungsmitglieder und letztere dem Standesstolz derjenigen Kreise, die bis heute aus Dünkelhaftigkeit den Weg zur Arbeiterschaft noch nicht gefunden haben.

Wenn nun auch im § 245 der Reichsversicherungsordnung festgelegt ist, daß ein Unternehmer nur mit Zustimmung des Betriebsrats eine Betriebskrankentasse errichten kann, so ist diese Zustimmung der Versicherten in vielen Fällen von vornherein ausgeblieben. Wird ein Betrieb, für den eine Betriebskrankentasse errichtet ist, durch Eingangsnahme bisher selbstständiger Betriebe vergrößert oder erweitert, so gehören die in diesen Betriebsstellen beschäftigten Versicherungspflichtigen ohne weiteres in die Betriebskrankentasse des Stammbetriebes. Ist kein Betriebsrat vorhanden — weil die Belegschaft zu geringfügig war —, so hat der Unternehmer nach den jetzt geltenden Bestimmungen völlig freie Hand. Denn die beteiligten Versicherungspflichtigen sind vor der Errichtung „nur zu hören“. Das gleiche gilt hinsichtlich der Errichtung von Innungskrankentassen. Auch hier ist der Gesellenausschuß nur zu hören. Dafür sind die Versicherten aber berechtigt, für diese leistungsunfähigen Gebilde Beiträge zu zahlen!

Die bestehende Rechtslosigkeit, Einflußlosigkeit, sowie der völlig ungenügende Schutz der Versichertenvertreter in den Krankentassen erscheint gleichfalls eine Umgestaltung. Bei den Betriebskrankentassen ist der Betriebsinhaber oder sein bestellter Vertreter ständig Vorsitzender des Vorstandes und Ausschusses, und bei den Innungskassen wird der Vorsitzende von der Innung einfach „bestellt“. Die Vertreter der Versicherten in beiden Kassenarten sind hinsichtlich der Wahl des Vorsitzenden ohne jeglichen Einfluß. Das Unternehmensrat und seine Solbstituten behaupten immer, die Betriebskrankentassen hätten in besonderer Weise dem Wohle der Versicherten. In Wahrheit ist der Grund für die Errichtung der Betriebskrankentassen darin zu suchen, daß der Unternehmer in „seiner“ Betriebskrankentasse auch „sein Haus“ sein will. Erforderlich ist auch ein gesetzlicher Schutz für die Versicherten in den Kassenverwaltungen. Kollegen, die die Sache der Versicherten vertreten, machen sich vielfach dadurch „unheimlich bemerkbar“ und werden unter irgend einem Vorwand auf die Straße gesetzt. Daher bedürfen die Versichertenvertreter bei den Betriebskrankentassen zumindest des Schutzes, wie er den Mitgliedern der Betriebsvertretungen zur Seite steht. Wenn der Unternehmer die für die Verwaltung erforderlichen Personen auf seine Kosten und Verantwortung zu stellen hat, so ist es nicht mehr als recht und billig, daß die Kassenangehörigen nicht nur dem Unternehmer, sondern dem Gesamtvorstand verantwortlich sind.

Auch in der Invalidenversicherung sind Umgestaltungen erforderlich. Die Tatsache, daß von den beamteten Vorstandsmitgliedern der Landesversicherungsanstalten bei Beschäftigungen so viele auszuweisen haben, daß die nichtbeamteten (ehrenamtlichen tätigen) Vorstandsmitglieder in der Mehrzahl sind, kann nicht als Selbstverständlichkeit anerkannt werden. Darum muß der Einfluß der Versicherten dadurch gestärkt werden, daß die Stellen der beamteten Vorstandsmitglieder mit fähigen, aus der Arbeiterschaft hervorgegangenen Männern besetzt werden. Es ist endlich an der Zeit, daß der Artikel 161 der Reichsversicherung auch für die RV Geltung erlangt.

Auch hinsichtlich der Leistungen der RV ist noch manches zu bessern. Ungleichung an die Bestimmungen der Angestelltenversicherung muß gefordert werden für die Festsetzung des Hundertsatzes an Erwerbsbeschränkung für die Invalidisierung. In der RV beträgt der Hundertsatz nur 51 v. H., hingegen in der RV 66 2/3 v. H., mit anderen Worten, der Angestellte erhält Ruhegeld bei 51 v. H. Erwerbsbeschränkung, hingegen für den „Arbeiter“ 66 2/3 v. H. Erwerbsbeschränkung erforderlich, um in den Genuß der Invalidenrente zu gelangen. — Die Herabsetzung der Altersgrenze von 65 auf 60 Jahre ist ebenfalls zu fordern. Ungerecht ist es auch, daß die Hundertsätze der verschiedenen Reiben des Versicherten für die Invalidenversicherung nicht zusammengezählt werden dürfen, sondern daß nur auf Grund eines einzelnen Reibens — das den Versicherten in der Erwerbsfähigkeit um zwei Drittel behindern muß — Invalidität anerkannt wird. Des weiteren müßte allen Witwen, nicht nur den invaliden, die Witwenrente gewährt werden, wie es ja auch in der Angestelltenversicherung vorgeesehen ist. Ungerecht ist es auch, daß die Unfallrentner, die gleichzeitig als Invalidenrentner in Frage kommen, durch Kürzung der Invalidenrente bestraft werden. Das gleiche trifft für selbstversicherte Witwen zu, sie erhalten als Invaliden nur die Hälfte ihrer Witwenrente.

Notwendig sind auch gesetzliche Bindungen, um der oftmals von den Arbeitssphären mit Recht als Verhöhnung empfundenen sozialen Rechtsprechung Einhalt zu tun. Bekannt ist ja auch die rücksichtslose Einstellung vieler Arbeitgeber als „Gutachter“. Deren Weisheit erschöpft sich nicht selten in der gutachtlichen Äußerung, der Verletzte habe sich an den Verlust des Gliedes „gewöhnt“. (Mutter Natur ist gegenüber diesen „Sachverständigen“ der reinste Stümper, stattdessen doch den Menschen mit zu viel Gliedern aus.) Oder die Gutachter stellen den Versicherten als „Rentenhyphokriter“ hin. Als ob die festgesetzten Renten, deren Höhe den Rentenbewerbern doch meist bekannt ist, nun einzig und allein die Ursache für den „Rententempel“ bildeten.

Kurzarbeit

Mutter, jetzt ist es geschehen:
Drei Tage die Woche: Kurzarbeit! —
Aber Vater, wie soll das denn gehen,
Wir sind doch nicht nur zu zweit?

Sechs kleine Mäulchen, die wollen was essen,
Sind immer hungrig — die Kleider — wie?
Und halt du den Grosspapa vergessen,
Der will doch auch etwas speisen — sage du, wie?

Mutter, ich ziehe den Leibgurt fester,
Ich lasse das Rauchen, das Bier auch sein.
Mit dem Essen, So: koche von geltern die Rester,
Margarine? wir tauchen das Brot in den Kaffee ein.

Ach, Vater, die Schuhe — und dann die Mäntel?
Und zu denken: nun hängen die Gärten voll Frucht. —
Oh, Mutter, die Frucht und das Rosengeblüte:
Die sind nicht für uns: Wir sind verflucht!

Doch was öffnet der Himmel die feurigen Augen?
Es wetterleuchtet — Gewitter zieht auf.
Blitz und Zorn aus ewigen Augen —
Und schrecklich grollt der Donner drauf!

Max Dertu

Was hier von der Invalidenversicherung gesagt ist, gilt auch von der Unfallversicherung. Überhaupt viele Unfälle würden nicht vorkommen, wenn die Unternehmer oder ihre verantwortlichen Vertreter mit der gebotenen Sorgfalt über Leben und Gesundheit „ihrer“ Arbeiter wachten. Denn was nützen die besten Unfallversicherungsvorschriften, wenn sie nicht beachtet werden. Die RV ist in dieser Beziehung mehr eine Unternehmer- als Arbeiterversicherung. — So lange der Unternehmer dem Versicherten oder seinen Hinterbliebenen nur dann vom Unfall des Schadens verpflichtet ist, wenn staatsgerichtliche festgestellt ist, daß er den Unfall „vorläufig“ (§ 898 RV) herbeigeführt hat, solange bedeutet die RV in dieser Beziehung einen Freibrief für gemeinliche Menschen. Der Nachweis der vorläufigen Verursachung wird sich nie erbringen lassen. — Das Wort „vorläufig“ müßte zum mindesten in „sahrlässig“ umgewandelt werden. Eine nicht unerhebliche Benachteiligung der Unfallverletzten birgt der § 616 Abs. 3 in sich; es handelt sich um den erneuten Rentenanspruch abgesandener Unfallverletzter. Ein erneuter Anspruch auf Rente ist trotz vorheriger Abfindung gegeben, solange die Folgen des Unfalls nachträglich eine wesentliche Verschlimmerung verursachen. Als wesentlich gilt aber eine Verschlimmerung nur, wenn dadurch die Erwerbsfähigkeit des Verletzten für länger als einen Monat um mehr als zehn vom Hundert weiter gemindert wird. Die Rente wird dann um den Betrag gekürzt, der bei Berechnung der Abfindung zugrunde gelegt war.

Nun kann ein Unfallverletzter, sofern er nicht mehr als ein Zehntel der Vollrente bezieht und nach dem Unfall drei Jahre vergangen sind, auch ohne seine Zustimmung von der Berufsgenossenschaft abgesandener werden. — Beträgt die Rente 25 v. H. der Vollrente, so ist zur Abfindung des Verletzten dessen Zustimmung erforderlich. — Das Reichsversicherungsamt hat nun entschieden, daß unter mehr als zehn vom Hundert (bei wesentlicher Verschlimmerung nach erfolgter Abfindung) eine Verschlimmerung um mindestens 15 v. H. gegenüber dem vor der Abfindung festgestellten Hundertsatz der Erwerbsbeschränkung eingetreten sein müsse.

Diese Entscheidung beruht auf der unklaren Fassung des § 616 Abs. 3 der RV. Es müßte dort nicht heißen „um mehr als zehn“ — sondern „um mindestens zehn vom Hundert“. — Da die Rente um den Betrag gekürzt wird, der bei Berechnung der Abfindung zugrunde gelegt wurde, so muß die Verschlimmerung des Seidens in den oben angeführten Beispielen zum mindesten einen Grad von 25 und 40 v. H. aufweisen, ehe nach erfolgter Abfindung ein erneuter Rentenanspruch gegeben ist.

Der neue Reichstag wird eine gründliche Änderung der RV vornehmen müssen. Der Einfluß der Versicherten ist zu stärken. Des weiteren ist es erforderlich, unerträgliche Härten, die bei Schaffung der sozialen Gesetzgebung nicht vorausgesehen waren, durch gesetzliche Änderungen zu beseitigen.

Ebtinghaus

Die letzten Stunden

Der Kampf gegen die Todesstrafe ist nicht das Privilegium einzelner Parteien oder politischer Richtungen, sondern eine Angelegenheit der gesamten Menschheit. Das alte Gesetz „Jahn um Jahn“ fordert noch heute seine Opfer, und obwohl die Urteilsvollstreckung in den meisten Ländern mit humanen Mitteln geschieht, mindert das die seelische Tortur des Verurteilten nicht. Aber die letzten Stunden der Todgeweihten wurde schon viel berichtet, aber noch immer nicht genügend, um das Gewissen der Menschheit aufzurütteln. Der Mörder tötet meistens schnell, sein Opfer hat keine oder nur für einige Minuten dauernde Todesangst auszuhalten, der Staat, der Kraft des Gesetzes den Mord mit dem Tode bestrafen läßt, markiert.

Folgende Schilderung entnommen aus einer Reportage über die letzten Stunden des in Badapest vor einigen Tagen hingerichteten Bauernmörders Florian Pap, soll als ein sich oft wiederholendes Beispiel dienen.

Der Auftakt zu diesem Trauerspiel ereignete sich vor zwei Jahren, als der Bauernbursche seinen Vater auf Anweisung seiner Mutter mit einem Schlachtmesser niederstach. Um seine Tat zu verbergen, schleifte der Bursche den leblosen Körper in den Stall und steckte dann das Gebäude in Brand. Das Feuer wurde jedoch schnell gelöscht, der Mord entdeckt. Der Mörder mußte nicht erst überführt werden, er gestand nach der ersten Anschuldigung: „Ich habe es getan.“ Während den zwei Jahren Haft benahm sich Florian Pap gut, er zeigte tiefe Reue und wiederholte dauernd, er wisse, daß er am Galgen enden müsse. Was bedeutet das? Der Bauernbursche ermordete seinen jährlingen Vater im Schlaf. Mord und insbesondere Elternmord ist wohl eine der verwerflichsten Sünden. Aber die Geschehnisse rein sachlich betrachtet, geschah der Mord, wenn auch vorläufig, unter heftigem Druck und mit Blieschnelle, dagegen wartete der Verhaftete zwei Jahre hindurch täglich auf seinen Tod! Er wurde sogar in die Lage eines Totkranken versetzt, der nur noch wenig Hoffnung auf Genesung hat. Vor einigen Wochen wurde er endlich zum Tode verurteilt und ihm einige Tage vor der Hinrichtung mitgeteilt, daß er nicht auf Gnade hoffen kann. Der körperlich starke, aber geistig arme Bauernbursche brach bei dieser Nachricht zusammen, kniete vor dem Beamten nieder und bettelte um Gnade. Sein Rechtsanwalt war Mensch genug, dem Verzweifelten einzureden, daß er die Begnadigung nochmals zu erwirken versuche.

In der Nacht vor der Hinrichtung schlief der Gefangene. Wahrscheinlich waren seine Nerven demnach verbraucht, daß er in einen ohnmächtigen Schlaf verfiel. Traueren tobte ein Gewitter. Drei Uhr morgens wurde an die Zellentür geklopft, ein Wärter im vollen Ernst trat ein. Er weckte den Schlafenden. Dieser erhob sich, schaute erstaunt, versuchte sich, dann gab er einige unartikulierten Töne von sich und drückte die Hände an seine Schläfe. Was mochte der Verurteilte wohl beim Anblick des Geistlichen, der ihm in gelassenen Worten den Tod brachte, gefühlt haben?

„Du bist in Gottes Hand, mein Sohn. Bete.“

Die Hoffnung auf Hilfe übertrug der Verzweifelte auf das silberne Kreuz, das er in die Hand gedrückt bekommen. Er überhäufte es mit Küssen, hörte die Gebete an, die ihm der Geistliche vorliest, und versuchte selbst zu beten. Er bricht dabei in Weinen aus. Der Priester kommt und erkundigt sich, ob er nicht einen Wunsch habe. Er verlangt nach Kaffee, später auch nach Zigaretten, obwohl er Nichtraucher ist. Er raucht in seinem Leben jetzt zum erstenmal eine Zigarette — jetzt in dem Schatten des Galgens will er vielleicht diesen für ihn unbekannten Genuß nicht unausgenutzt lassen. Als sein Bruder und seine Schwester in der Kerkertür erscheinen, fällt er leblos auf den Boden. Abgeschied. Dann kommt sein Rechtsanwalt: „Wir haben noch keine Antwort. Glaube an Gott und bete.“ Florian Pap weiß nun, daß all sein Hoffen umsonst war. Er meint verzweifelt. Aber nicht mehr mit Tränen. Der Ausdruck dieses ton- und tränenlosen Weinens ist auf seinem Gesicht gefroren. Auch wenn er spricht, haßt diese grobkörnliche, mit dem geistlosen Lachen verwechselte Stille auf seinem Gesicht. Als der Rechtsanwalt die Zelle verläßt, hört man durch die offene Tür eine trübselige, befehlende Stimme: „Der Gefangene soll für die Hinrichtung vorbereitet werden!“ Er springt auf: „Der Staatsanwalt! Ist es schon Morgen? Wie lange dauert es noch? Ich warte schon so lange —“ Dann schweigt er mit verkrampftem Gesicht, empfängt gleichgültig die letzte Ullung. Draußen Gewitterstürze, die Gefängniswache erscheint. Der Verurteilte starrt mit schmerzhaftem Gesicht auf den Geistlichen, als er wartet er von diesem Rettung. Dieser greift ihm unter den Arm und führt ihn, dauernd auf ihn einredend, zwischen den Wärtern auf den Hof. In einer Hofecke steht der Galgen, davor ein Tisch. Nebsther Morgen. Der Hof ist voll neugieriger Menschen. Es gibt doch überall Schaulust und die Zulaufungsschneise zu diesem schauerlichen Spiel waren bestimmt sehr begehrt. Florian Pap rauchte automatisch die zweite Zigarette seines Lebens. Der Staatsanwalt spricht, der Fenster und seine Knechte treten vor, binden seine Hände und Füße zusammen und schleppen ihn unter den Galgen. Ungeheure Angst spiegelt sich auf dem Gesicht des Mannes wieder, er ist bei Sinnen, seine Lippen bewegen sich, vielleicht will er noch sprechen, aber kein Ton verläßt seinen Mund. Auf seinem Gesicht die weinend-lächelnde Grimasse. Er versucht nicht, sich zu wehren. Nach einigen Minuten ist es aus. Der Fenster meldet. Die Schaulustigen verstören sich. Sie haben bestimmt dramatische Szenen erwartet, aber er starb wortlos. Sie sind enttäuscht. Ein Mörder ist hingerichtet worden, ein Leben erlosch. Und auf diesen Tod mußte Florian Pap zwei Jahre lang warten!

Salgo Raja

Ein Fabrikant wirft sein Geld fort

Das heißt, er hat nicht alles fortgemworfen. Aber doch wieder genug, um zu beweisen, daß es den alten echten Bürgerstolz, der sich mitzuteilen und wohlzutun nicht vergibt, noch gibt. Und man sollte ihm ein Denkmal setzen, daß die Erinnerung fortbesteht an solche Freunde der Armen und Bedrückten, der in seinem Reichtum auch an die denkt, die da hungern. Um es kurz zu erzählen. In Augsburg hat ein Fabrikant vor einigen Tagen vom Fenster seines Hotels aus Geld, über das er nach den herrschenden Gesetzen zu verfügen hatte und das somit „sein“ Geld war, unter die Vorübergehenden geworfen. Ein Reporter sah oder erfuhr den Vorfall und weil es nicht alle Tage vorkommt, daß jemand sein Geld fortwirft, ist die Geschichte auch in die Berliner Blätter gekommen und von da in die Provinzpresse. Und nun klingt das Lied vom braven Mann durch alle Winden. Wenigstens niemand genau weiß, wieviel Geld dieser seltsame Wohlthäter unter die Armen warf. Immerhin 50 oder 100 k. Wannen es gewesen sein. Möglich, daß dieser sonderbare Menschenfreund sogar 200 k. daransetzte, um als ein wieder erkrankender Herr auf Rathsch in die Regenbergschule der Tagespresse einzugehen. Wenn nur auch die sozialistische Presse unter dem Eindruck dieser Tat endlich mal aufstehen wollte, die Fabrikanten aufzufinden, wenn sie denen, die für ihr Reichthum und Wohlstand schaffen, das Nötigste verweigern. Warum tun sie es denn? Doch nur, um mit vollen Händen auszuheulen zu können, wie man doch eben wieder einmal seine konnte. Gabe es nur mehr solcher Männer. Wir ständen besser da.

Aber leider gibt es nur sehr wenige. Ganz selten nur kommt einer auf den Gedanken, sich ein Vergnügen dadurch zu schaffen, daß er Geld, richtiges Geld unter die Menschen wirft. Und dabei ist dies Vergnügen gar nicht mal so kostspielig. Denn für einen, der so jeden Tag seine 3- bis 400 k. Speisen machen kann, macht es gar nichts aus, wenn er mal einen gut gewählten Hundertmarktschein unter die Armen wirft. Die müssen das Geld dann aus dem Dreck herausheulen und dabei den Farnen so hochtreden, wie ihn die Arbeiter im eigenen Betriebe mangels notwendiger Ehrfurcht wohl nie strecken würden. Überhaupt viele Arbeiter im eigenen Betriebe. Mit ihnen geht man sich natürlich um Sperrnige. Und jetzt lie auf die Straße, wenn sie untergehänd werden. Wohin würde man aber auch kommen, wenn man ihren Wünschen nachgäbe und sie besser entlohnen würde? Tausende würde das in einem Monat kosten und wird einem nicht mal gedankt. So ein kleines Abenteuer jedoch, bei dem man das Geld aus dem Fenster schmeißt und mit Vergnügen aufsteht, wie die Armen es aus dem Dreck heulen und sich dabei garcken, kostet möglicherweise einen Hundertter und die ganze Presse feiert einen als Wohlthäter der Menschheit. Obendrein hat man noch das Vergnügen, daß man sein Geld selbst ausgießt, während man die Löhne im Betrieb natürlich nur durch den Kassierer auszahlen lassen kann, weil es einfach nicht zu ertragen ist, den Menschen, die tagaus, tagein ihre Knochen zur Fabrik schleppen, um die Arbeit zu tun, deren Früchte ein anderer erntet, ins Gesicht zu sehen, wenn sie mit ihrem großen Wochengeld abgeben. Und ihnen mehr geben? Wozu sollte man denn dann noch Fabrikant sein? Und außerdem, wenn man den Arbeitern das zukommen lassen wollte, was ihnen zusteht, hätte ja niemand Geld, um es aus dem Fenster werfen zu können. Aber vielleicht gäbe es dann auch niemanden, der sich danach bückte, und keinen, der es als Ruhmestat in die Zeitung setzte. Und das wäre doch schrecklich, nicht wahr, Herr Selbstverleugner? E g r i.



Verbandsleben



Der Mann mit der Stoppuhr

Wer kennt ihn nicht und wer haßt ihn nicht? Fast möchte man mit Schiller sagen: Von der Parteien Gunst und Haß verwirrt, schwankt sein Charakterbild — im Zeitalter der Rationalisierung. Gerecht, es gibt unter den Kalkulatoren — heute sagt man Zeitstudienbeamte, auch Betriebsingenieur, das soll die oft mehr wie schlechte Bezahlung verdeutlichen — gar manchen, der vergessen hat, daß auch er einmal selbst am Schraubstock, an der Drehbank oder am Automaten stand. Trotzdem möchte ich versuchen, die Erfahrungen, die man an solcher Stelle machen kann, unvoreingenommen zu schildern und für „diesen geschworenen Feind der Arbeiter“ eine Bange zu brechen.

Der Kalkulator oder Zeitstudienbeamte oder auch Betriebsingenieur hat keine angenehme, sondern eine recht unangenehme Arbeit. Er kann es nie jedem recht machen; er steht unausgesetzt zwischen zwei Feuern, zwischen der Direktion und den Arbeitern, und ist er ein ausländischer Herr, so will er auch vor seinem eigenen Gewissen bestehen können. Nicht zuletzt wird ihm seine Tätigkeit erschwert durch die — Arbeiter selbst.

Auf Grund meiner langjährigen Erfahrung möchte ich die Arbeiter in drei Klassen einteilen. Dabei schide ich voraus, daß ich persönlich selbst eine vierjährige Lehrzeit in einer erstklassigen Werkzeugmaschinenfabrik durchgemacht mit allen Freuden und noch mehr. Neben dem Lehrbuben, dann einige Jahre in verschiedenen Betrieben am Schraubstock, der Drehbank und den vielen andern Maschinen tätig war und dann erst mein Studium als Ingenieur machte.

Doch zu den drei Klassen. Die erste ist die, die den Kalkulator für einen ausgemachten Esel hält, der von der Arbeit keinen blauen Schimmer hat.

Die zweite Klasse möchte ich (etwas unanständig) die Hosen... nennen, die blindlings drauflos schreien, sobald sie nur den Kalkulator (oder einen andern Betriebsbeamten oder Meister) in der Nähe sehen und die nicht daran denken, daß die Arbeitszeit etwas länger dauert als die zehn Minuten, die der Kalkulator in ihrer Nähe ist und die Zeit aufnimmt.

Die dritte Klasse möchte ich die Vernünftigen heißen. Das sind die, die ihre Tätigkeit ungetrüb und im Gleichmaß fortsetzen, ohne Rücksicht darauf, ob sie beobachtet werden oder nicht. Die sind mir die liebsten.

Kommt man zur Klasse eins, so wird zuerst die Feile von allen Seiten sorgfältig betrachtet und dann wird „gefeilt“, als ob Eier in den Schraubstock gespannt wären. Der Feiler „reinigt“ vor jedem neu einzupassenden Stück seine Maschine, so, als müsse er gleich drauf in einen Butterberg ein paar Minuten fräsen, dann baut er einen Vorstoß in den Radkasten, daß jede Schneide einen Wellenlauf gegen ihn gewinnen würde. Schmunzelnd sieht dieser gute Mann, wie der Feiler der Stoppuhr Stunde um Stunde macht und rechnet im stillen aus, um wie viele Minuten er diesmal den Kalkulator „gemacht“ hat.

Leider währt die Freude nicht lange. Ist er fertig, so sage ich ihm ganz freundlich: „Guter Freund, du hast 10 Minuten zu deiner Arbeit gebraucht, aber um 4 1/2 Minuten hast du gemogelt.“ Da gibst dann ein lautes Gekack. Der gute Mann weiß offenbar nicht, daß an der Stoppuhr jede Unterbrechung gekloppt werden kann, ohne daß der Feiler der Uhr unterworfen wird.

Klasse zwei ist bedeutend jähmiger und für die Affordpreisfestsetzung die gefährlichste. Wird hier Zeit abgenommen, so wird drauflos geschrien oder ein Vorstoß eingelegt, daß es Meinsch und Maschine nur kurze Zeit ausfallen können. In manchen Fällen genügt es ja, wenn ich zu dem Mann sage: „Können Sie in diesem Tempo den ganzen Tag arbeiten?“ Da kommt mancher zur Besinnung, schwigt oder gibt die Unmöglichkeit zu.

Aber gibt es nicht viele Kalkulatoren, die aus eigener Erfahrung die wertvolle Intelligenz der Arbeitsleistung nicht beurteilen können? Gibt es nicht auch solche, die sich freuen, wenn sie — gerade bei Serienherstellung — einmal einen bestimmten Arbeitsgang in recht kurzer Zeit stoppen konnten? Gewiß, es gibt solche. Sie freuen sich, wenn sie Material haben, um wieder mal den Affordpreis als zu hoch feststellen zu können und sichern sich keinen Deut darum, ob dieser Arbeiter oder andere, die die gleiche Arbeit machen, da und dort mit der „festgestellten“ Zeit auch wirklich auskommen können.

Zur dritten Klasse gehe ich gerne. Ich glaube festgesetzt zu haben, daß ihr die Mehrzahl der organisierten Arbeiter angehört, die eingesehen und begriffen haben, daß Ehrlichkeit und Vertrauen auch bei der Zeitaufnahme das Zweckmäßigste ist. Ein Arbeiter, der bei der Affordpreisnahme so arbeitet, wie es sich gehört, wird nicht — vorausgesetzt, daß der Kalkulator ein ausländischer Mensch ist — einen unangenehmen Affordpreis erhalten. Werden aber trotz richtig abgegebener Zeit doch von der Betriebsleitung oder der Direktion Mängel gemacht, so stehen dem Kollegen, dem Unrecht geschieht, heutigen Tages Mittel und Wege zur Verfügung, sich gegen unangenehme Mängel zu wehren. Leider wird nur viel zu wenig davon Gebrauch gemacht. In fast allen Fällen sind heute ziemlich gute Bestimmungen über die Festsetzung von Affordpreisen, über das Recht der Zeitaufnahme in Affordpreisen oder Affordpreismissionen, die zugeordnet werden müssen — nicht selten — sind zugefallen, und schließlich ist noch der Betriebsrat da. Versteht der aus fachlich zureichenden und erprobten Arbeitern, die selbst etwas können, und haben sie etwas Vertrauen zu sich selbst und etwas Mut, dann wird es wohl in fast allen Fällen gelingen, auch dem rassistischen und bornierten Unternehmer oder Direktor beizubringen, daß die Affordpreisfestsetzung heute keine einseitige Sache mehr ist, sondern daß der Arbeiter ein Mitspracherecht hat und daß ihm ein angemessener Verdienst zusteht.

Doch gerade auf diesem Gebiet verweise ich vielfach den Willen der Zeit, sein Recht zu suchen oder sich zu erziehen. Auch ein rassistischer Kalkulator kann erzogen werden. Wird er einige Male überführt, daß seine Zeitangaben eine Schätzung des Arbeiters bedeuten, dann wird er vorsichtiger, ehrlicher handeln. So gut wie der Unternehmer im Laufe der Zeit ihren Herr-im-Haus-Standpunkt abgegeben haben, werden auch die Kalkulatoren mit der Zeit zu lernen haben, daß wirtschaftliche Preisfestsetzungen der Vergangenheit angehören müssen.

Der Mann mit der Stoppuhr ist also nicht in allen Fällen ein Esel oder ein Besessener. Er ist in sehr vielen Fällen ein Mensch, der nicht nur durch unangenehme Vergleichsstände sich ein Urteil bilden kann über das Mögliche und Unmögliche, und auch oft ein Mann, der selbst früher die Blase trag und weiß, wie es einem Arbeiter gemacht ist. Der Mann mit der Stoppuhr muß aber auch seine Pflicht tun wie jeder Arbeiter. Und dieser hat darauf zu bestehen, daß ihm Recht wird.

Ergebnisse der Verbandstätigkeit

Bremen. Durch Verhandlung wurden die Löhne in der Schraubenindustrie ab 1. Oktober d. J. um 5 %, ab 1. März 1929 um weitere 3 % und ab 1. Juli 1929 ebenfalls um 2 % erhöht. Der Spitzenlohn für Rotturner, Schweißer und Brennpunktschweißer beträgt jetzt 120 M., im März 1929 133 M. und im Juni 135 M. Galt bis 5. September 1929.

Wien. Nach 14-tägigen Streik erließen die Gewerkschaften und Industriellen die Annahme des von den Industriellen parat abgelegten Lohnabschlusses. Der Spitzenlohn beträgt 1,07 M. Die Streiks wurden durch Verhandlungen angesetzt und die Löhne für Überstunden erhöht. Der Metall- und Schweißlohn gilt bis 31. August 1929. Trist im August eine

Änderung der Löhne ein, so ist eine frühere Kündigung dieses Lohnabschlusses zulässig.

Elmshorn. Von der Belegschaft der Hülshoffswerft Bremer Sohn wurde die Lohnerhöhung von 2 1/2 % angenommen. Gültig bis 30. April 1929. Der Spitzenlohn für über 20 Jahre alte Arbeiter beträgt 1 M.

Hannau. Der Streik der Arbeiter bei der Firma Friedrich wurde nach dreiwöchiger Dauer mit Erfolg beendet. Die Firma bot eine weitere Lohnerhöhung von 3 1/2 % an. Der Spitzenlohn beträgt jetzt 76 M.

Rechenmetallarbeiter im mitteldeutschen Braunkohlengruben. Die Schiedsprüche über Arbeitszeit, Lohn- und Tarifgestaltung sind für rechtsverbindlich erklärt worden. Die bisherige 9 1/2- und 10stündige Schichtzeit wird ab 1. November d. J. um eine halbe Stunde je Schicht vergrößert. Demnach beträgt die Arbeitszeit jetzt 9 Stunden, ab 1. Oktober 1929 8 1/2 Stunden. Die Erhöhung der bisherigen Tariflöhne beträgt nur 3 1/2 %. Der tarifliche Schichtlohn für gelernte Arbeiter über 21 Jahre beträgt ab 1. Oktober d. J. 6 M. An der Bewegung waren 8000 Metallarbeiter beteiligt.

Klage einer unverheirateten Kollegin

Eine in der AEG, Berlin, Aderstraße, beschäftigte Kollegin schildert in zwei Zuschriften ihre Betriebsverhältnisse. Darin weist sie auf einen Zustand hin, den sie als ungerecht und schier unerträglich findet, nämlich die Beschäftigung von verheirateten und verjüngten Frauen. Die Kollegin sagt darüber:

Zunächst ist, daß die verheirateten Frauen nicht nur die Männer verdrängen, sondern auch für uns ältere Kolleginnen eine große Gefahr sind. Wird doch ein Mädchen in den dreißiger Jahren schon nicht mehr gern eingestellt. Das Demobilisationsgesetz beschränkt nicht mehr, man kann entlassen, wenn man will, wenn der Meister nicht aus sich selbst heraus so viel menschliches Empfinden hat und bei Arbeitsmangel zuerst die verheirateten Frauen entläßt oder vorübergehend nach Hause schickt. Es arbeiten auf der einen Seite Meisterfrauen, die nichts zu verdienen haben, auf der andern Seite hungern und darben Hunderte von ledigen Mädchen und Witwen. Warum wird das nicht geändert? Man müßte eine Zahlung der verheirateten Frauen im Betrieb durch die Betriebsräte vornehmen und feststellen und dem Ergebnis die Zahl der arbeitslosen Arbeiterinnen gegenüberstellen, die keinen Ernährer haben. Das Ergebnis würde zu denken geben. Man bringt so gern die Ausrede: Diese Frau leistet qualifizierte Arbeit. Wir haben unter uns ledigen Kolleginnen sehr tüchtige Mädchen. Sollten diese die verheirateten Frauen nicht ersetzen können?

Nun möchte ich noch mitteilen, warum viele Kolleginnen schwer in den Verband zu bringen sind. Sie sagen, der Verband sei ihnen zu teuer. Wir haben bis vor kurzem noch für 58 und 59 M. Stundenlohn in der AEG, Aderstraße, Berlin, gearbeitet. Seit der letzten Aufbesserung ist unser Verdienst auf 62 und 63 M. gestiegen. Vielleicht liegt sich die Schriftleitung unserer WZ mit dem Betriebsrat unter der Hand in Verbindung, der ihr genauere Angaben mitteilen kann. Ein Stundenlohn als Verbandsbeitrag ist mancher Kollegin zu hoch, und aus diesem Grunde bleiben sie der Organisation fern. Die verheirateten Frauen haben schon gar kein Interesse für den Verband. Die paar organisierten verheirateten Frauen werden wohl zu zählen sein. Meistens werden sie durch ihre eigenen Männer der Organisation ferngehalten. Uns Arbeiterinnen, die wir keinen Ernährer haben, kann nur ein Gesetz schützen, das die Doppelexistenzen in den Betrieben mindestens ein Arbeitsmangel verbietet. Mit dem Wunsch, daß dieses Gesetz bald ins Leben gerufen werden möchte, schreibe ich Mit kollegialem Gruß Friedel...

Schularlaub der Arbeiter

Für Kollegen, die erwerbslos sind, ist es leicht, drei Wochen nach Dürrenberg zu fahren, zumal der Verband die Kosten trägt. Aber solche, die im Arbeitsverhältnis stehen, vielleicht gar Betriebsrat sind, haben fast gar keine Aussicht, einen Kurs mitmachen zu können. Der Unternehmer wird sich stets weigern, seinen Betriebsrat drei Wochen Urlaub zu geben. Bis heute fehlen uns aber leider noch die Rechtsmittel, um einen längeren Urlaub zu gewährleisten. So wie es heute ist, kann ein Arbeiter gar oft sich einen längeren Urlaub nur verschaffen, wenn er regelrecht kündigt. Ob er aber nach seiner Rückkehr wieder eingestellt wird, liegt im Ermessen der Betriebsleitung. Wird er wieder eingestellt, so ist sein Urlaubsanspruch dahin. Er muß mit keinem so notwendigen und noch so langen Urlaub von vorn anfangen. Aber es ist recht fraglich, ob ein Unternehmer ein Betriebsratsmitglied wieder einstellt, zumal es ja nicht die Dummheiten sind, die sich zum Nutzen ihrer Kollegen weiterbilden müssen. Wollen sie nicht erwerbslos werden und es vielleicht für immer bleiben, müssen sie also bis auf weiteres auf den Besuch der Betriebsratschule verzichten. Ich sage bis auf weiteres, denn einmal muß die Zeit kommen, wo der Unternehmer nicht mehr allein über seine Arbeiter zu bestimmen hat.

Wenn es gelang, dem Tarifvertrag eine Bestimmung einzufügen, der diese Angelegenheit regelt, wäre ein Ausweg aus der Zwangslage geschaffen. Eine zweite Möglichkeit wäre die Gesetzgebung. Beides aber sind Machtfrauen. Ihre Entscheidung in unserm Sinne ist nur möglich, wenn die Mehrzahl der Arbeiter erkennt hat, daß sie die Macht in Händen hat, wenn sie nur einig ist.

F. A. Gelsenkirchen.

Die Freunde der internationalen Kleinarbeit

Die Vereinigung hat den Zweck, Cnossen fremdsprachigen Unterricht zu erteilen zu dem Zweck, den Dreißigsten und letzten der persönlichen Verkehr mit Gefährdungsmaßnahmen im Ausland zu pflegen. Das ist eine sehr wichtige internationale Kleinarbeit, die unsere Förderung verdient. Denn solange nicht die breite Untergrund der Arbeiterbewegung den Vereinigungsanstand pflegt, solange nicht Tausende von fleißigen Cnossen trachten, sich gegenseitig kennen, verstehen und damit lieben zu lernen, solange wird unsere internationale Arbeit Stückwerk bleiben. Wer also schon eine Fremdsprache kennt und mit ausländischen Cnossen Briefe wechseln kann, oder wer in Berlin wohnt und dort an den fremdsprachigen Kurien teilnehmen möchte, der wende sich an die Geschäftsstelle der Freunde der internationalen Kleinarbeit, Berlin ES 19, Kurstraße 32.

Jubiläum der AEG

Im Jahre 1926 waren es in Kiel über 300 Kollegen, die auf eine fünfzigjährige Mitgliedschaft in der AEG zurückblickten, in diesem Jahre haben wir deren 190. Ihnen zu Ehren wurde am 22. September eine Feier veranstaltet, die festerlich allen Teilnehmern noch lange angenehm im Gedächtnis bleiben wird. An maßgebenden Stellen haben die Jubilare, vor ihnen das von der Verwaltung erteilte Ehrenabzeichen, das einem kleinen Geschenk der Ortsverwaltung, einem kleinen Korbchen und einem kleinen Korbchen der Metallarbeitergewerkschaft, die Festrede des Kollegen Börscher, der den Jubilaren den Grundwunsch der Verwaltung überbrachte und zugleich einen Abriss der Gewerkschaftsentwicklung gab, die in den fünfzigjährigen Jahren geführt werden mußten. Der anwesende Herr der Jubilare sei es zu bedauern, daß unser Verband allen Jubilaren zum Trotz sich erhalten und ausgebaut hat. Auch der Grund der Jubilare gedachte Redner besonders. Nach weiteren Gedankensprüngen trat der Humor in seine Rechte. Ein Tanz hielt die Teilnehmer noch einige Stunden frohlich beisammen.

Mitteilungen des Vorstandes

Telegrammadresse: Metallvorstand Stuttgart

Telephon-Nummern: C. 21 624 41, 624 42, 624 43

Mit Sonntag dem 14. Okt. ist der 42. Wochenbeitrag für die Zeit vom 14. bis 20. Oktober 1928 fällig.

Aufforderung zur Rechtfertigung:

Die nachgenannten Mitglieder werden nach § 23 Abs. 4 des Statuts aufgefordert, sich gegen erhobene Beschuldigungen zu rechtfertigen. Verwaltungstellen, denen Adressen der Aufgeforderten bekannt sind, wollen diese an den Vorstand melden. Das Mitgliedsbuch ist an den Vorstand einzuliefern.

Auf Antrag der Verwaltungstelle Wörlitz:

Der Former Robert Brenzel, geb. am 8. September 1881 zu Braunschweig, Mitgliedsbuch Nr. 593794, wegen Schwindels.

Auf Antrag der Verwaltungstelle Regensburg i. Bayern:

Der Schlosser Martin Seidl, geb. am 11. November 1898 zu Polkam (Bayern), Mitgliedsbuch Nr. 5076149, wegen Nichtabrechnen von Beitragsmarken.

Häufig werden Anfragen einzelner Mitglieder an den Vorstand gerichtet über Angelegenheiten, die ihre Erledigung leicht durch die zuständige Ortsverwaltung finden können. Meistens in diesen Zuschriften ein Ausweis über die Mitgliedschaft nicht beigefügt, der unbedingt erforderlich ist, wenn auf eine Verantwortung gerechnet wird. Die Mitglieder sollten sich stets zunächst an die Ortsverwaltung wenden.

Stuttgart, Adickstraße 16.

Der Vorstandsvorsitzende.

Zur Beachtung! • Zugug ist fernzuhalten:

von Drechern und Sichern nach Graz (Andriker Maschinenfabrik A. G., D.);

von Klempnern und Installateuren nach Hamburg-Altona; nach Holland St.;

A. = Lohnbewegung; D. = Differenzen; v. St. = Streit in Sicht; St. = Streit; M. = Maßregelung; Wt. = Währungs; A. = Auslieferung.

Verbandsanzeigen

Baugen. Geschäftsführer zum baldigen Antritt gesucht. Erste Kraft, organisatorisch und agitatorisch befähigt, muß Lohnverhandlungen selbstständig führen, sowie mit Arbeitsgerichts- und Betriebsratsgesetz und Schlichtungsweisen vertraut sein und ausführende Vorträge halten können. Verlangt wird mindestens 10jährige Mitgliedschaftsdauer. Bewerbungen, aus der Alter, Beruf, Familienstand sowie Tätigkeit in der Arbeiterbewegung hervorgehen, sind bis zum 15. November 1928 an Kollegen Max Paul, Baugewerkschaftsleitung, mit der Aufschrift „Bewerbung“ zu richten. Gehalt nach dem Beschlusse des Verbandstages von Karlsruhe.

Görlitz. 2. Geschäftsführer zum baldigen Antritt gesucht. 10jährige Verbandszugehörigkeit, rednerische Befähigung, bewandert mit allen arbeitsrechtlichen Fragen Bedingung. Fünfjährige Bewerbungen mit kurzem Lebenslauf bis spätestens 27. Oktober 1928 unter der Aufschrift „Bewerbung“ an Kollegen Walter Thrun, Görlitz, Mittelstraße 36.

E. Bollmann in Halberstadt Jubilar

Am 7. Oktober blühte Kollege E. Bollmann in Halberstadt auf eine 50jährige ununterbrochene ehrenamtliche Tätigkeit als Kassier zurück. In dieser, unermüdlichen Arbeit hat er über ein halbes Jahrhundert der deutschen Gewerkschaftsbewegung gedient und ist heute noch eifrig in unserer Organisation tätig. Unser Jubilar ist 1858 in Halberstadt geboren, lernte Schmied und ging nach Braunschweig. Hier gründete er am 1. September 1877 mit die Verwaltungstelle des Verbandes der deutschen Schmiede. Nach seiner Entlassung aus der Kaserne nahm er die Führung mit den Schmieden in Halberstadt wieder auf und war bis zu seinem Übertritt zum DMB Kassier des Schmiedeverbandes in Halberstadt. Unter seiner Leitung wurde die Verwaltungstelle trotz starker Rückschläge durch seine eifrige Kleinarbeit, jahrelang wirkte er als Beisitzer im Gewerbegericht und seit 1919 im Schlichtungsausschuss. Die Geschichte der Verwaltungstelle Halberstadt ist mit seinem Namen eng verknüpft. Wir wünschen unserem Jubilar einen langen und guten Lebensabend.

Sprachecke

Beziehungswiese. Beziehungswiese ist ein Bindewort, das meist abgekürzt als bez. oder bezw. erscheint, wofür man früher respektive oder resp. sagte, namentlich im Schriftverkehr. Da wuchert auch das bezw. üppig weiter, selbst da, wo von einer Beziehung gar keine Rede ist. „Der Beklagte machte eine neue Bestellung bezw. änderte die alte ab.“ Was wollte man damit sagen? Der Kläger machte keine neue Bestellung, sondern änderte die alte. Meist genügen: oder, und. Der Vater hat die Wohnungen im ersten bezw. zweiten Stock gestrichen, das heißt die Wohnungen im ersten und zweiten Stock. Die Hundezähnpfennigmärken und die Hundepfennigmärken sind von roter bezw. grüner Farbe. Warum nicht „und“? Weil man sonst vielleicht annehmen könnte, daß beide zweifarbig seien, obwohl jedes Kind weiß, daß jene rot und diese grün sind. Der Verkäufer eines Balles sollte dem Käufer den Schaden ersparen, den der Kieferspinner angerichtet hätte. Der Käufer hatte die Haare fallen lassen, weil sie der Spinner laßl gezeihen hatte. Das wurde schwarzfärbig so dargestellt. Diese (Grundstücke) waren sehr stark vom Kieferspinner befallen und sind dann auch in der Folgezeit vom Käufer gehauen bzw. total laßl gezeihen worden.“ Unwillkürlich rufen wir dem Käufer zu: Wohl bekomms! (Deutscher Sprachverein.)

An unsere Mitarbeiter

Jeder Verbandskollege muß der Aufschrift an die Zeitung die Nummer seines Verbandsbuches beifügen oder seine Mitgliedschaft von seiner Ortsverwaltung bescheinigen lassen. Und die Frauen unserer Kollegen, die aus mit Aufschriften versehen, müssen die Buchnummer ihres Mannes beifügen. Denn die Buchnummer ober der Mitgliedschaftsausweis fehlt, kann die Aufschrift nicht veröffentlicht werden.

Jeder Mitarbeiter lege der Aufschrift einen mit Aufschrift und Firmenname versehenen Umschlag bei, damit der Aufsatz zurückgeschickt werden kann, wenn er nicht verwendet wird. Wenn ein solcher Umschlag fehlt, wird angenommen, daß auf die Rücksendung kein Wert gelegt wird. Man schreibe deutlich und gemeinverständlich und mit Tinte oder Schreibmaschine; man lasse genügend Raum zwischen den Zeilen und benutze nur eine Seite des Blattes. Schriftleitung.

Gegen die Arbeitslosigkeit

Wenn nicht alle Anzeichen trügen, gehen viele deutsche Arbeiter einem harten Winter entgegen. Die geschäftliche Klause nach sich nur zu deutlich bemerkbar; die Zahl der Arbeitslosen steigt. Wenn in den nächsten Monaten die sogenannten Saisonarbeiten zum Stillstand kommen, wird das Meer der Arbeitslosen noch mehr anschwellen. Deswegen gewinnt die Frage erhöhte Bedeutung, was Staat und Gemeinde tun können, um die Arbeitslosigkeit zu lindern, die nicht nur für Hunderttausende, ja vielleicht Millionen Not und Elend bedeutet, sondern auch der Volkswirtschaft gewaltige Verluste bringt.

Dem einzelnen Arbeitslosen gewährt heute Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge einen freilich unzureichenden Schutz gegen den allergrößten Mangel. Trotzdem das, was die Arbeitslosen bekommen, so spärlich ist, ist die Arbeitslosenversicherung vielen unserer Unternehmer ein Dorn im Auge. Das Wort von der Fürsorgeinflation bekommen wir oft genug von unseren Unternehmern und ihren Schülern zu hören. Diese Leute denken nicht daran, daß die Arbeitslosenunterstützung keineswegs nur den Arbeitern Vorteile bringt, sondern auch vielen Unternehmern. Die Unterstützung verhindert, daß die Kaufkraft der Arbeitslosen so tief sinkt, als das sonst der Fall wäre. Damit aber vermindert sie die Schwankungen in der Nachfrage nach den Erzeugnissen derjenigen Erwerbszweige, die bedarfsgegenstände für die Masse herstellen. Ohne die Unterstützung sanken in Zeiten zurückgehender Konjunktur der Absatz vieler Unternehmen viel tiefer, als sie jetzt zu erwarten brauchen.

Die Arbeiterklasse kann aber mit Recht verlangen, daß die öffentlichen Körperschaften nicht deshalb, weil die Arbeitslosenversicherung besteht, im übrigen die Hände in den Schoß legen und sich um die Arbeitslosen nicht kümmern. Die Aufgabe von Staat und Gemeinden ist es, alles zu tun, um die Arbeitslosigkeit zu verringern. Es müssen also, wo das möglich ist, sogenannte Notstandsarbeiten durchgeführt werden, bei denen Arbeiter für Rechnung des Staates oder der Gemeinde beim Straßenbau, Kanalbau usw. beschäftigt werden. Außerdem sollen Staat und Gemeinde eine vernünftige Vergebungspolitik treiben, die in Zeiten schlechten Geschäftsganges möglichst reichlich Aufträge erteilt, während sie bei guter Konjunktur Aufträge, die nicht dringend sind, zurückhalten sollen.

Man hat in neuerer Zeit vielfach bezweifelt, daß derartige Maßnahmen überhaupt geeignet seien, die Arbeitslosigkeit zu verringern. Man macht geltend, daß die Summen, die zum Beispiel bei der Vornahme von Notstandsarbeiten gebraucht werden, an einer anderen Stelle in der Volkswirtschaft fehlen und deshalb dort Arbeitslosigkeit hervorgerufen werden müßte, ein Einwand, der übrigens auch gegen die Arbeitslosenversicherung erhoben werden könnte. Will man prüfen, ob dieser Einwand richtig ist, so ist zu untersuchen, woher die Gelder kommen, die von Staat oder Gemeinde für Unterstützung oder Beschäftigung von Arbeitslosen aufgewandt werden.

Die öffentlichen Körperschaften können diese Mittel aus laufenden Einnahmen beziehen, aus Steuern oder aus den für Arbeitslosenversicherung geleisteten Beiträgen. Was vollzieht sich dann für ein wirtschaftlicher Vorgang? Die Steuer- oder Beitragszahler müssen einen Teil ihres Einkommens abgeben. Dadurch sinkt ihre Kaufkraft; sie können nicht so viel kaufen, als ihnen das sonst möglich wäre. Im gleichen Maße erhöht sich aber die Kaufkraft der Arbeitslosen, die diese Gelder als Unterstützung oder als Lohn für Notstandsarbeit erhalten. Es findet also eine Verschiebung der Kaufkraft auf Kosten der Steuer- und Beitragszahler zugunsten der Arbeitslosen statt. Die in der Volkswirtschaft vorhandene Gesamtkaufkraft wird, wenn die einen Beiträge oder Steuern zahlen und die anderen dafür Arbeitslosenunterstützung oder Notstandslohn erhalten, also nicht verändert. Aber es kommt nicht nur auf die Höhe der Gesamtkaufkraft an, sondern darauf, daß eine zu starke Verschiebung in der Zusammensetzung der Warennachfrage vermieden wird. Würden zum Beispiel keine Steuermittel oder Beiträge für die Unterstützung der Arbeiter verwendet, so würden die Leute, die diese Gelder laufend aufbringen, in der Lage sein, auch in Zeiten schlechter Wirtschaftslage im höheren Maße, als ihnen das sonst möglich ist, weniger notwendige Bedarfsgegenstände zu kaufen. Dafür würde aber die Nachfrage nach den Gütern, die von den Arbeitslosen mit seiner Unterstützung oder seinem Notstandslohn kaufen kann, um so tiefer sinken.

Erreicht die Arbeitslosigkeit einen sehr großen Umfang, so werden die für die Unterstützung oder Beschäftigung der Arbeitslosen gebrauchten Mittel nicht aus laufenden Steuern oder Beiträgen gedeckt werden können, sondern man wird sie vielmehr aus dem Kapitalvorrat der Volkswirtschaft entnehmen, entweder aus früher angesammelten Reserven oder mit Hilfe von Anleihen. Ist nun die mehrfach aufgestellte Behauptung richtig, daß das Fehlen des Kapitals, das man auf diese Weise dem Kapitalmarkt entzieht, Arbeitslosigkeit hervorrufen müßte? Die Antwort zum Beispiel, die bei der Arbeitslosenversicherung in den guten Geschäftsjahren angesammelt werden, bleiben selbstverständlich nicht brachliegen. Sie werden irgendwie angelegt, der Regel werden sie auf dem Umweg über die Banken in den Händen der Unternehmer als Betriebskapital zur Verfügung gestellt. Sie stehen selbstverständlich für diesen Zweck nicht mehr zur Verfügung, wenn sie zur Unterstützung der Arbeitslosen verwendet werden. Das gleiche gilt, wenn durch Aufnahme von Anleihen dem Kapitalmarkt größere Summen für die Unterstützung der Beschäftigung der Arbeitslosen entzogen werden. Die Gefahr, daß dadurch Arbeitslosigkeit hervorgerufen wird, würde dann vorliegen, wenn die auf diese Weise dem Kapitalmarkt entzogenen Summen nicht zu ersetzen wären. Das wird aber vielfach möglich sein, schon weil unter Umständen aus dem Kapitalmarkt Kapital herangezogen werden kann.

Zudem würde der Einwand, daß durch die Kapitalentziehung die Arbeitslosigkeit hervorgerufen würde, überhaupt nur dann berechtigt sein, wenn man annehmen könnte, daß die Arbeitslosigkeit auf Kapitalmangel zurückzuführen ist. Ist eine solche Annahme richtig, so herrscht in der Regel kein Kapitalmangel, sondern im Gegenteil eher Überfluß. In Deutschland macht sich seit heute trotz der geschäftlichen Klause der Kapitalmangel immer noch recht störend bemerkbar und die Arbeitslosigkeit in den Jahren 1925 und 1926 war zweifellos zum großen Teil darauf zurückzuführen, daß es an dem Kapital fehlte, das zur Abkündigung des großen Arbeitslosenheeres notwendig war. Aber es ist deutlich zu erkennen, daß die Arbeitslosigkeit ihre Ur-

sache besonders in der mangelnden Kaufkraft der Massen hat; leiden doch vor allem die Vorkriegsindustrien unter dem Konjunkturrückgang. Von diesen Industrien ausgehend hat die Verschlechterung des Geschäftes auf andere Wirtschaftszweige übergegriffen.

Unsere Unternehmer bilden sich zwar vielfach ein, durch eine Drosselung der Kaufkraft, durch Niedrighalten der Löhne oder Hochhalten der Preise die Kapitalbildung beschleunigen zu können. Die sogenannte Selbstfinanzierung ist große Mode. Unsere Unternehmer wollen durch Hochhaltung der Spanne zwischen den Erzeugungskosten und den Verkaufspreisen so viel verdienen, daß sie möglichst schnell ein großes Kapital ansammeln können. Ist genug ist schon darauf hingewiesen worden, daß diese Rechnung falsch ist. Was nützt dem Unternehmer das Hochhalten der Preise, wenn dadurch sein Absatz verringert wird, er seine Produktionsanstaltungen nicht voll ausnützen kann und deshalb teuer arbeitet. Es ist eine alte, leider von unseren Unternehmern oft vergessene Weisheit, daß großer Umsatz bei kleinem Nutzen mehr bringen kann als kleiner Umsatz bei großem Nutzen.

Die Stärkung der Kaufkraft der Massen ist sicher eines der besten Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Deshalb ist besonders jetzt, wo unser industrieller Apparat durch Ausbau und Rationalisierung um so vieles leistungsfähiger geworden ist, die Erhöhung der Löhne nicht nur vorteilhaft für die Arbeiter, sondern auch für die gesamte Volkswirtschaft. Steigende Reallohn sind der beste Schutz gegen Krisen. Für die Arbeiterklasse ist es freilich, wenn einmal ein geschäftlicher Rückgang eingetreten ist, besonders schwer, mit gewerkschaftlichen Mitteln Lohnnachbesserungen durchzusetzen. Um so notwendiger ist es, daß gerade in solchen Zeiten Staat und Gemeinde eingreifen. Die Vertreter des Proletariats in den parlamentarischen Körperschaften haben die Pflicht, dafür einzutreten, daß die nötigen Vorbereitungen getroffen werden, um wenigstens für einen Teil der sonst arbeitslosen Proletarier Arbeit zu beschaffen.

Die Geldhändler reden über die Wirtschaft

Der Bankiertag in Köln brachte nicht nur die Bedeutung des Bankwesens in der heutigen Wirtschaft zum Ausdruck, er lieferte auch den Beweis dafür, daß in diesen Kreisen die rücksichtslosesten Vertreter des Privatkapitalismus zu finden sind. Sind es bei anderen Wirtschaftszweigen meistens Berufsleute, die der Verhandlung das Gepräge geben, so belächeln die Bankiers die zur Behandlung stehenden Probleme durch eigene Berufsgenossen erörtern zu lassen. Und so marschierten in Köln die großen Bankiers unter den Geldhändlern auf, um ihre Ansichten mehr oder weniger deutlich zu äußern. Die am meisten beachtete Rede hielt der große Stern am Bankhimmel, Jakob Goldschmidt, über die "Entwicklungsbedingungen in der deutschen Wirtschaft und der Einfluß auf die Kapitalbildung".

Die Rede zeichnete sich durch rücksichtslose Offenheit aus. Er lobte den privaten Kapitalismus über den grünen Klee und ist der Meinung, daß etwas Besseres nicht an dessen Stelle gesetzt werden kann. Zwar ist auch Goldschmidt der Ansicht, daß es niemals "weder eine kapitalistische noch eine sozialistische Gesellschaftsordnung in Deutschland geben wird" und Deutschland sogar die Brücke zwischen der kapitalistischen Kultur des europäischen Westens und den neuen Wirtschaftsformen Sowjetlands zu bilden berufen ist. Doch während der Rede, daß die bestehende Wirtschaftsordnung dem Untergang geweiht und im Begriff ist, durch neue Wirtschaftsformen abgelöst zu werden, die Menschheit vielfach wie eine Zwangs-vorstellung beherrscht, schreitet die praktische Wirtschaftsführung noch immer kräftig in ihren kapitalistischen Methoden vorwärts. Sie hat trotz verlorener Kapitalbasis auf dem Trümmerhaufen eines verfallenen Weltkrieges in der kurzen Zeit noch nicht fünf Jahren einen neuen Wirtschaftsbau geschaffen, der, wenn auch nicht ideal, so doch zunächst zufriedenstellend funktioniert. Und diese über-ragenden Leistungen seien in der Hauptsache durch eine individuelle Führerschaft der Unternehmer vollbracht. Zwar seien die Leistungen des Staates in der Nachkriegszeit anzuerkennen, doch solle der Staat nicht in der Wirtschaft, sondern über ihr stehen. Deshalb müsse man jeden Übergriff der öffentlichen Gewalt in das Gebiet der privaten Wirtschaft verurteilen. Die Arbeiterschaft solle (wie nicht!) teilnehmen am Reichtum der Produktion, jedoch solle sie sich daran erinnern, daß auch sie zu den Vätern des verfallenen Krieges (den die herrschende Sippe angezettelt, die Großindustriellen verläßt und die Selbstverleumdung verloren haben) beigetragen habe. Dann folgte die bereits abgeleitete Phrase gegen das Schlichtungsweien. Eine umfassende Sozialpolitik, die sich namentlich in einer starken Sozialversicherung zeigt, ist nach den Worten Goldschmidts vom Ubel. Die Rede Goldschmidts war ein rücksichtsloses Bekenntnis zur privaten Wirtschaft. Der Staat wird auf die Nachkriegsrolle verwiesen.

Die übrigen auf dem Bankiertag gehaltenen Reden atmeten den gleichen Geist. Offene Gegner der Arbeiterschaft gegen die Hand- und Kopfarbeiter lehnte aus jeder Rede. Der Bankier Max Warburg versetzte sich sogar zu dem Ausspruch, daß dem Unternehmertum vier Feinde gegenüberstünden: Der erste Feind sei der Arbeiter, der nicht einsehen wolle, daß größere Gewinne auch größere Reizen erfordern; der zweite Feind sei der Aktionär, der dritte das Finanzamt und der letzte der Reparationsagent. Im ganzen also entpuppten sich die Bankiers als Reaktionäre vom reinsten Wasser. Von liberalen Gedankengängen, deren man sich früher rühmte, war wenig zu merken.

Der spanische Gewerkschaftskongreß

Da der letzte Kongreß sechs Jahre zurückliegt, hatte die diesmalige Tagung naturgemäß eine Fülle von Stoff zu erledigen. Der Kongreß, der von 591 Delegierten besucht war, die 143 310 Mitglieder vertraten, befaßte sich zunächst mit der Änderung der Statuten und nahm unter anderem eine Entschließung betreffend die bürgerlichen Freiheiten in Spanien an. Der Kongreß beschäftigte sich des weiteren eingehend mit der Sozialversicherung, deren Verbesserung und ihre Ausdehnung auf alle Arbeiter einschließlich der Landarbeiter und Hausgehilfen gefordert wurde. Bezüglich der Sozialgesetzgebung im allgemeinen forderte der Kongreß die Abschaffung der Nachtarbeit, der Untertagsarbeit und der gesundheits-schädlichen Arbeit für die Jugendlichen unter 18 Jahren und das Verbot der Frauenarbeit in Betrieben, in denen gefährliche Stoffe verarbeitet werden, sowie schließlich die obligatorische Untersuchung für Jugendliche unter 16 Jahren vor Zulassung zur Arbeit in industriellen Unternehmungen. Eine weitere Entschließung verlangte die Rationalisierung der Eisenbahnen, die Schaffung von Jugend-gerichtshöfen, Förderung des öffentlichen Wohnungswesens und die Abschaffung der Städtewahl. Hinsichtlich der Erziehung wurde der unentgeltliche Unterricht für alle Grade und weisungsfähige Zulassung zu den Mittel- und Hochschulen unter ausschließlicher Berücksichtigung der Fähigkeiten und beruflichen Begabung verlangt. In der Resolution über den Achtstundentag wurde ausdrücklich seine Ausdehnung auf das gesamteuropäische Gebiet gefordert.

Schriftenschau

Ein Lebensabriß von Samuel Gompers

In seinen letzten Lebensjahren hat Samuel Gompers, der Gründer und Präsident des amerikanischen Gewerkschaftsbundes eine Biographie geschrieben, die nach seinem Tode veröffentlicht wurde. Dr. Hermann Buss hat sich nun die Mühe gemacht, das Wesentliche des zweibändigen Werkes in einem Buche (Samuel Gompers, Verlag Weimar Götting, Berlin, 1928) dem deutschen Leser zugänglich zu machen. Das ist eine ebenso mühevollen wie dankbare Arbeit und deren fauimannischer Erfolg dürfte nicht erheblich sein. Denn die geringe Zahl von Lesern, die im deutschen Sprachkreis so starken Anteil an Gompers nehmen, daß sie seine Tätigkeit in Büchern studieren, sind sicherlich der englischen Sprache mächtig und werden darum zum Original greifen können und wollen. Einem größeren deutschsprachigen Leserkreis, zumal der gewerkschaftlichen Arbeiterklasse, jagt die Biographie noch auch der Auszug, um das Mißste zu sagen, wenig oder gar nicht, weil dieser Kreis weder die Umwelt noch die Zeit kennen kann, in der sich die Tätigkeit Gompers abspielte und sein Denken bestimmte. Insbesondere wird dem deutschen Leser die Verstandeslosigkeit, nein die scharfe Abneigung des Präsidenten des amerikanischen Gewerkschaftsbundes gegen den Sozialismus und seine zuweilen recht heftigen Angriffe auf die sozialistischen Gewerkschafter zu beiden Seiten des Atlantischen Ozeans völlig unverständlich bleiben. Freilich haben es die sozialistischen Gewerkschafter gleichfalls nicht an Angriffen fehlen lassen, und diese waren für Gompers und seinen Kreis ebenso unverständlich und wurden ebenso bitter empfunden. Damit soll nur angedeutet sein, daß sich beide Seiten nicht verstanden, nicht verstehen konnten, weil jede in einer anderen forperlichen wie geistigen Welt lebte, die man eben kennen, begreifen muß, soll eine Auseinandersetzung zu Besseren als zur Vertiefung des Mißverständnisses, des Zwistes führen. Wie wenig sich beide Seiten verstanden, läßt sich schon in einem früheren Buche Gompers (Labor in Europe and America, New York, 1910) nachlesen. Daß seitdem die Kluft nicht schmaler geworden ist, dafür liefert die Gompersche Biographie besonders dort, wo sie von seiner Kriegseinstellung und -Tätigkeit handelt, der Beweis genug.

Um es zu wiederholen: Weber durch die Biographie selbst noch durch das (wie und da erklärende) Buch Buss kann dem deutschen Leser das Denken, Tun und Streben des amerikanischen Gewerkschaftsführers verständlich gemacht werden. Um dies zu erreichen, mußte ein ganz selbständiges Buch geschrieben werden, und zwar von einem Manne, der die Zeit und Umwelt der Gomperschen Tätigkeit ebenso gut kennt wie die Geistesverfassung und die Verhältnisse der Arbeiterklasse, für die das Buch bestimmt ist. Männer, die diese Voraussetzungen erfüllen, sind aber leider noch recht dünn gesät. Übrigens kann es auch nichts schaden, wenn mit einer solchen Arbeit noch zugewartet wird. Denn ein einigermaßen abschließendes Urteil über die Tätigkeit des "ewigen" Präsidenten des amerikanischen Gewerkschaftsbundes, genauer, über die Wichtigkeit seiner gewerkschaftlichen Anschauung einschließlich seiner Feindseligkeit gegen den Sozialismus läßt sich heute noch nicht gut abgeben oder eigentlich wird ein gewisserhafter Mann noch nicht abgeben wollen. Die Bedeutung einer Persönlichkeit, die so lange und so weit vorn im öffentlichen Leben gestanden hat, wie Samuel Gompers, läßt sich nicht nur nach dem beurteilen, was sie selbst über sich mitteilt, sondern und vor allem auch nach der Fruchtbarkeit ihres Tuns und Denkens über das Grab hinaus. Hierfür ist aber heute, vier Jahre nach dem Tode Gompers, die Zeit noch nicht gekommen, obwohl nicht zu verkennen ist, daß sich in diesen Jahren die Randweise für ein solches Urteil schon ziemlich gehäuft haben. Allein, wie gesagt, es ist um eines abschließenden Urteils willen besser, noch zu-warten. Ein solches Buch kann für die Gewerkschaftsbewegung Deutschlands, ja für die von ganz Europa von bedeutendem Nutzen sein, inwieweit es eine Beweisführung dafür sein wird, ob die Gompersche oder die sozialistische Auffassung von der Gewerkschaftsbewegung richtiger, nützlicher, ernderbringender ist. Über diese äußerst wichtige Sache aber bringt auch das Buch Buss keinen Aufschluß, konnte es aus den oben angedeuteten Gründen auch keinen bringen.

Größenordnung in Volk und Wirtschaft. Von B. Letterhaus und H. Höhr. Christlicher Gewerkschaftsverlag, Berlin-Wilmersdorf. In Ganzleinen gebunden 10 M. Es fehlt in Deutschland wahr-scheinlich nicht an statistischen Nachschlagebüchern, nur umfassen sie meist bloß einige Gebiete. Das vorliegende Handbuch aber gibt auf 327 Seiten so ziemlich über alles Auskunft, was man auf dem Gebiete der Sozialpolitik, Wirtschaft wie der Politik wünschen kann. Dadurch bedeutet es für den Sucher eine Erleichterung und eine Ersparnis an Zeit. Die Dinge, die dem Sozialpolitiker und Gewerkschafter besonders am Herzen liegen, sind ausführlich behandelt.

Die Zeitschrift zum 21. Oktober, die der Verlag J. S. W. Dieck Nachf., Berlin, herausgebracht hat, liegt jetzt vor. Auf 16 Seiten hat der Genosse Kampffmeyer Deutlichkeit in Wort und Schrift verewigt. Zahlreiche Abbildungen bekannter Dokumente und viele Bilder hervorragender Kämpfer der damaligen Zeit geben der auch reichlich be-ladenen Ausstattung Gedankensinn und Gepräge. In besonderen Kapiteln wird weiter die damals als "Geheimorganisation" be-liebte sozialdemokratische Bewegung geschildert. Die rote Flut steigt trotz Unterdrückung. Durch den 1890 errungenen Millionen-wahl-sieg wurde das so verhängnisvolle Gesetz zu Fall gebracht. Zu belegen durch die Parteibuchführung oder durch die Zeitungsträgerinnen. Preis 25 S.

Der unbekannte Diktator Thomas Bata. Vor einiger Zeit hat die Firma Bata, Schuhfabrik in Zittau (Schlesien) eine Zeitschrift herausgegeben, in welcher neben einer großen Klamme für die Bata-Schule die Arbeits- und Lohnverhältnisse in den rosigsten Farben geschildert wurden. Das Lohnheft Bata stellt eine Gefahr für die Gewerkschaftsbewegung dar. Die schädlichen Wirkungen werden in diesem Buch von Rudolf Philipp rücksichtslos enthüllt. Bata bleibt als ganz übler Geschäftsmacher übrig. Agis-Verlag, Wien-Berlin.

Der praktische Gas- und Wasserinstallateur. Handbuch für den Installateur und Zeichner. Von Georg A. Schindt und Hermann Schneider. 544 Seiten mit 544 Abbildungen, 10 farbigen Plänen und 48 Tabellen. Verlag von Ernst Heinrich Moritz (Inh.: Franz Mittelsch), Stuttgart. In Ganzleinen 26 M. — In diesem Buche findet der Wasser- und Gasfachmann nachgerade alles, was er be-
braucht. Denn es gibt eine erschöpfende Darstellung der Gewinnung des Gases, der Herstellung und Installation der Rohre, des Gasrucks, der Gasmesser und die amtlichen Vorschriften über die Leitungen. Daran schließt sich eine Beschreibung der Gas-, Koch- und Heiz-apparate und der Störungen in einer Gasanlage. Die gleich gründ-liche Darstellung aller Fragen der Wasserleitungsinstallation. Besonders wertvoll ist die Kostenberechnung, die durch Pläne und Zeichnungen erläutert wird. Kurz ein Handbuch für den Fachmann, wie es ausführlicher und aufschlußreicher kaum zu finden ist.

Die beste Zeitschrift für Kommunalpolitik ist die Salzmonat-schrift "Die Gemeinde". Besonders erwähnenswert sind die Artikel "Kulturpolitik heißt Wohnungspolitik", "Zur Hebung des Verkehrs in den Kleinstädten", "Der Stand der Gasfernverleitung und die Reichsbahn". Für die Vertreter aus den Land- und Kleingemeinden bieten die Artikel "Vorbildungsarbeit in kleinen und mittleren Ge-meinden" und "Von Rechten und Pflichten des Gemeindevor-sitzers" der Landgemeindevorordnung" eine gute Quelle, aus der sie viele Anregungen schöpfen können. Die Landgemeinden der un-d-
schon und die Kommune Rundschau bringen auch eine Fülle von wertvollen für jeden Kommunalpolitiker. Die Zeitschrift ist durch die Post sowie vom Verlag J. S. W. Dieck Nachf., Berlin SW 68, Lindenstr. 3, zum Preise von monatlich 1 M. zu beziehen.

Kurde
aus
Samsoun

11